

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4590. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gefaltene Kolonelspalt ober deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gefaltene Zeile 1.70 M., Kellame-Kolonelspalt 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Pariser Konferenz.

Paris, 24. Januar. (Frankf. Ztg.) Die Entente-Konferenz wird heute im Ministerium des Aeußern unter dem Vorsitz von Briand eröffnet werden. Die Verhandlungen über die Entwaffnung Deutschlands und über die Tilgung der deutschen Kriegsschuld werden sich nicht so schnell abwickeln, als die französische Regierungspresse glauben zu machen sucht. In bezug auf die Aufführung der Einwohnerwehren in Bayern soll England damit einverstanden sein, daß Bayern eine Frist von höchstens drei Monaten gesetzt wird. Dagegen besteht noch völlige Ungeklärtheit in bezug auf die Regelung der Verhältnisse in Ostpreußen. Was die Festschließung der deutschen Kriegsschuld anbelangt, so ist, wie die Agence Havas nunmehr zugibt, mit dem entscheidenden Verlangen Belgiens nach einer endgültigen Festschließung der deutschen Kriegsschuld zu rechnen. Briand hat sich in der Kammer gegen die sofortige Festschließung einer Pauschalsumme erklärt. Er möchte durch die Zulassung von Abschlagszahlungen den im Versailleser Vertrag festgesetzten Termin, den 1. Mai 1921, hinausschieben. Die französische Regierungspresse läßt es im Zweifel, ob die Zustimmung Englands zu diesem Programm bereits gefaßt ist. Die ablehnende Haltung Belgiens legt die Vermutung nahe, daß England immer noch der von Millerand in der Konferenz von Boulogne zugestimmten Festschließung der gesamten deutschen Kriegsschuld den Vorzug gibt. Da die Experten der britischen Regierung sich in Paris befinden, so ist die Haltung Londons noch unbestimmt. Lloyd George und Curzon fahren nach Paris, um am Sonnabend den Bericht der britischen Experten zu hören und die Haltung für die Konferenz der Alliierten festzusetzen. Die Experten in Brüssel hatten drei Milliarden als Jahresleistung vorgeschlagen und es liegt nahe, daß die Politiker die Ziffer nicht ändern werden. London ist absolut entschlossen, für die Reparation feste Verhältnisse zu schaffen, mindestens für eine Reihe von Jahren. Lloyd George reist offenbar mit der Hoffnung nach Paris, daß eine endgültige Entscheidung und ein Abkommen auch mit Deutschland möglich sei. Andererseits liegen keine Anzeichen vor, daß London die deutsche Zahlungsfähigkeit anders einschätzen wird als die Experten. Das formelle Programm der vier Nationen ist noch nicht bekannt. Aber offenbar würde London eine schnelle Entscheidung vorziehen.

Paris, 23. Januar. Wie der Temps mitteilt, wird nach Eröffnung der Sitzung des Obersten Rates an erster Stelle die Frage der Entwaffnung des Einwohnerwehren behandelt werden. Man glaubt, daß das Reparationsproblem erst am Dienstag besprochen werden wird.

Deutschlands Antwort befriedigend?

London, 22. Januar. Times meldet, daß die deutsche Antwort auf die 41 von den alliierten Finanzfachverständigen den deutschen Sachverständigen in Brüssel unterbreiteten Fragen von den alliierten Vertretern im ganzen als sehr befriedigend angesehen wird, da die Reparationsfrage aus dem Reich der Theorie in das Reich der harten Wirklichkeit dringe. Das überraschendste Ergebnis der letzten Brüsseler Konferenz sei für die Alliierten die Tatsache gewesen, daß die Menge der Zahlen bezüglich der tatsächlichen Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands so gering ist.

Der Konflikt zwischen Sozialisten und dem bayerischen Justizminister.

München, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der Unterausschussung des Bayerischen Landtages vom 17. Januar hatten die Ausschussmitglieder der sozialistischen Fraktionen erklärt, daß sie mit dem deutschnationalen Justizminister Roth nicht weiter verhandeln können, nachdem er sich geweigert hatte, die an ihn gestellten Fragen über die bayerische Klassenjustiz zu beantworten, und hatten darauf den Sitzungssaal verlassen. Die Landtagsfraktion der SPD. hat dann an das Präsidium des Bayerischen Landtages ein Schreiben gerichtet, in welchem sie die einstimmige Billigung der Fraktion zu dem Verhalten der Ausschussmitglieder ausspricht und erklärt, daß sie sich die Wahrung der zur Verfügung stehenden parlamentarischen Rechte ausdrücklich vorbehält. Das Schreiben des Justizministers auf die unbequemen Fragen der USF. und SPD. wird für den deutschnationalen Minister unangenehme Folgen bringen können, zumal die Merkmalen die Deutschnationalen lieber nicht in der Regierung sehen würden.

Alideutsche Propaganda in der Schweiz.

München, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Süddeutsche Presse veröffentlicht in ihrer gestrigen Nummer eine Aufschrift aus der Schweiz, wonach von Basel aus zahlreiche Schweizer Persönlichkeiten in angesehener Stellung mit Bülcherfendungen deutschen Ursprungs beglückt worden. Es handelt sich um Kriegserinnerungen Ludendorffs und Hindenburgs, Bethmann Hollwegs, „Betrachtungen über den Weltkrieg“, Hammanns Buch über den Kaiser und dergleichen mehr. Den mysteriösen Paketen

lege weder Rechnung noch Adresse des Absenders bei; man könne also die unwillkommenen Geschenke nicht zurückschicken. Da die Stinnes-Presse jetzt alle Register zieht, Deutschland habe den Krieg nur deshalb verloren, weil es nicht genügend Propaganda gemacht habe, sei es nicht schwer, die Spender der alldeutschen Literatur zu erraten. — Es muß nun einmal um jeden Preis „Propaganda“ gemacht werden; von der Verwirklichung dieser fixen Idee versprechen sich die Alldeutschen das Heil. Sie glauben damit ein nützliches patriotisches Werk zu vollbringen. In Wirklichkeit werde ihr Liebeswerben nur das Gegenteil der erhofften Wirkung erzielen.

Bevorstehende Aktion der englischen Arbeitslosen?

Amsterdam, 22. Januar. (TL.) Der Sekretär der Arbeiterpartei, Arthur Henderen, hat in einer Unterredung dem Mitarbeiter des Daily Herald folgendes erklärt: Wenn nicht unverzüglich Schritte getan werden, um den Arbeitslosen Unterstützung und Hilfe zuteil werden zu lassen, werden sich auch die gemäßigten Arbeiter nicht länger einer entschiedenen Aktion von nie gekannter Art widersetzen, durch die ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden soll. Morning Post fragt, was Henderen mit einer entschiedenen Aktion von nie gekannter Art meint.

Spiegeltätigkeit in Spanien?

Berlin, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Paris wird unterm 23. Januar gemeldet: In Sevilla sind drei Bomben explodiert, die bedeutenden Schaden anrichteten. Infolge eines Anschlages auf die Direktion einer großen Textilfabrik in Barcelona wurde die Fabrik stillgelegt und 1300 Arbeiter werden beschäftigungslos.

Die Meldung macht ganz den Eindruck, als handle es sich bei dem Anschlag um bestellte Arbeit.

Nach deutschem Muster.

Barcelona, 22. Januar. (Havas.) Die Polizei verhaftete in einem Kaffeehaus sechs Mitglieder des roten Syndikats von Valencia, die an mehreren Attentaten der letzten Zeit in jener Stadt beteiligt gewesen sein sollen, darunter an dem, dem der Gouverneur von Barcelona zum Opfer fiel. Als gestern früh vier dieser Verhafteten zum Gefängnis gebracht werden sollten, wurde der Transport an einer einsamen Stelle überfallen. (1) Die Wachmannschaft wies den Angriff ab und tötete drei der Gefangenen; der vierte wurde schwer verletzt.

Zuckerbrot und Peitsche.

Madrid, 22. Januar. Der Ministerrat hat die Einführung der Altersversicherung für Arbeiter beschlossen. — Ministerpräsident Dato erklärte, daß er angesichts der fortwährenden sozialistischen Attentate den Cortes sofort nach ihrer endgültigen Konstituierung Maßnahmen zur Veranschlagung unterbreiten werde, um den Terror wirksam bekämpfen zu können.

Arbeiterratswahlen in Wien.

Berlin, 24. Januar. (TL.) Die Arbeiterzeitung teilt das Gesamtergebnis der Wahlen zu den Arbeiterräten in Wien mit. Bei einer Wahlbeteiligung von insgesamt 239 547 Arbeitern und Angestellten haben gestimmt für die Sozialdemokraten 222 487, für die Kommunistenpartei 14 713 und für verschiedene kleine Gruppen 9247. Danach entfallen auf die Sozialdemokraten 4225 Mandate, auf die Kommunisten 277 Mandate und auf die kleinen Gruppen 47 Mandate.

Neuer Notenwechsel über die Aburteilung der Kriegsschuldigen?

Wie die Dena aus Ententekreisen hört, wird die Frage der Aburteilung der deutschen Kriegsschuldigen in der nächsten Zeit Gegenstand eines erneuten Notenwechsels zwischen Paris und Berlin bilden. Wie verlautet, soll sich der Rat der Alliierten kürzlich mit dieser Frage beschäftigt haben, da über den langsamen Gang der deutschen Untersuchungen allgemeine Unzufriedenheit herrscht. Die Rechtsparteien der Kammer sollen in diesem Sinne einen Antrag eingebracht haben, worin der neue Ministerpräsident Briand ersucht wird, über die Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher Aufklärungen zu geben. Vor einiger Zeit sei bereits ein Antrag des früheren Ministerpräsidenten Lyautey dahin gegangen, die Frist zur Aburteilung der deutschen Kriegsschuldigen auf spätestens Ende März festzusetzen, andernfalls die Alliierten auf die Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen zurückkommen müßten. Eine Folge dieser Vorgänge wird nun der in Kürze zu erwartende Notenwechsel sein.

Wir verstehen das Drängen der Entente nach Aburteilung der Kriegsverbrecher nicht. Das Reichsgericht hat doch bereits harte Arbeit geleistet und drei — Profetarier hinter Schloß und Riegel gesetzt!

Der Wiederaufbau der sozialistischen Partei Frankreichs.

Auf dem Kongress zu Tours hatten die Kommunisten (die sich hielten, sich Kommunisten zu nennen — sie werden mit Erlaubnis von Moskau den Namen der Partei, die sie zerbrochen und verlassen haben, weiterführen) die große Mehrheit. Aber die Kongressmehrheit bewies nicht, daß sie die Mehrheit der Sozialisten Frankreichs hinter sich hatten und täglich stellt sich jetzt mehr heraus, daß sie in der Tat nur eine Minderheit des Klassenbewußten Proletariats des Landes sind. Viele von denen, die für den Beitritt zur 3. Internationale unter den Vorbehalten der Resolution Cachin-Frossard gestimmt haben, taten es lediglich, weil sie der russischen Revolution den Ausdruck ihrer Solidarität in dieser Weise schuldig zu sein glaubten. Aber die Spaltung der Partei war nicht ihr Willen und nun, da sie sehen, daß die schönen Versicherungen der Frossard und Cachin, die Annahme der Moskauer Bedingungen werde nicht die Zerstörung der Parteeinheit nach sich ziehen müssen, irreführend waren, wenden sie den Kommunisten den Rücken. Im Populaire schilderte jüngst Genosse Longuet, wie er gleich nach seiner Rückkehr von Tours auf der Redaktion des Populaire, auf der Straße, in seinem Vorortzug von vielen Parteiliedern angesprochen wurde, die sich niedergeschmettert, mutlos, verwirrt durch das traurige Ergebnis von Tours an ihn wandten.

„Die meisten“, sagt Longuet, „sind Genossen, die für die Resolution der 3. Internationale gestimmt haben, die ihren glühenden Wunsch betätigt haben, nach Moskau zu gehen. Aber von allen Hürten ist denselben Refrakt, den ich letzte Nacht im Zug nach Soerart aus dem Munde guter Genossen der Sektionen von Genilly und d'Antony vernahm: „Das haben wir nicht gewollt, Man hat unsre Stimmen benutzt, um uns ein Zerstörungswerk machen zu lassen, das wir niemals gewollt haben. Die Art, wie man sich gegen Sie verhalten hat, ist abscheulich und Sie konnten nicht anders handeln, als Sie getan haben.“

Ein Genosse setzte hinzu: „Hätten wir den Genossen Longuet und seine Freunde noch achten können, wenn sie die Besudelung durch Sinowjew ohne Protest eingestekt hätten, ohne von der Partei zu fordern, daß sie sich mit der Würde dagegen erhebe, die geboten war? Es stand nicht die persönliche Ehre unserer Genossen in Frage, es war die Ehre des ganzen französischen Sozialismus. Haben Renoult und Frossard denn nicht begreifen, daß sie selbst mit erniedrigt werden durch die Herabwürdigung, deren Opfer Sie waren?“

Es war nicht ein „Kleinbürger“ — wie unsre neumarxistischen Westheten sagen —, sondern ein robuster Proletarier, ein Bauarbeiter von sehr revolutionärem Temperament, der mir das sagte.“

Und ein Genosse von der „Dritte“, von einer bedeutenden Pariser Sektion, setzte hinzu: „... Die Dritte — das ist gut. Ich bin einer ihrer ersten Anhänger gewesen. Aber ich fange an, mich zu fragen, ob der Streik um sie die Mühe lohnt und ob man um ihretwillen die Partei zerstören mußte.“ Andre fragten mich, ob man nicht die Partei aufrufen könne, eine Urabstimmung oder einen neuen Kongress zu veranstalten. Alles zeigt die Erregung und die Beängstigung der Genossen.“

Diese Mitteilungen Longuets zeigen, wie schwach im Grunde genommen die Position der „Sieger von Tours“ ist. Der Populatre kann denn auch aus allen Teilen Frankreichs Meldungen bringen, aus denen hervorgeht, daß die Genossen, die sich zum Wiederaufbau der zerrissenen Organisationen einfinden, erheblich größer ist, als die Zahl derer, die vor Tours für die Resolution Longuet oder für die der Rechten stimmten. Die Gefahr für die Einheit der Partei hat überall nicht wenige von denen, die bisher Frossard und Cachin folgten, lebend gemacht; sie wenden sich von den kommunistischen Parteigerpflütern ab. Die Aufrufe der Föderationen, die sich für das Verbleiben in der wahren sozialistischen Partei, gegen die Kommunisten aussprechen, mehren sich, die meisten Parteiblätter der Provinz, soweit sich bisher übersehen läßt, werden der Partei erhalten bleiben, so im Elsaß die von Straßburg und Mühlhausen, obgleich es vor Tours ganz anders auslief. Briefe einzelner führender Genossen aus den verschiedensten Orten und Bezirken, in denen sie ihre Treue zur Partei bekennen, häufen sich in den sozialistischen Blättern — die Bezieherzahl des Pariser Populaire in der Provinz ist im stetigen Steigen begriffen.

Der Populatre vom 16. Januar berichtet von der Neuformierung der Seine-Föderation, d. h. der Organisation von Groß-Paris, die bekanntlich vor Tours mit überwältigender Mehrheit für den Anschluß an die kommunistische Internationale stimmte. In einer Versammlung des Föderationsrats, der ersten nach der Spaltung, konnte Paul Faure die Mitteilung machen, daß in allen 20 Sektionen von Paris und in 26 Vorortgemeinden sich die Organisation der Partei wieder konstituiert hat. 3000 Mitteilbarkeiten sind bereits entnommen worden, Man muß bei

Meier und allen andern Mitgliedern, die aus Frankreich ge-
meint werden, stets die traditionelle Schwäche der französischen
Parteiorganisationen in Betracht ziehen. (Red. d. L. B.) Ein-
stimmig war man in dem Wunsche, daß der Populaire das Mor-
genblatt der Partei werde, das sie nach dem Uebergang der Hu-
manität ins kommunistische Lager dringend braucht. Der Popu-
laire erscheint bislang als Abendblatt.

Auch aus dem industriellen Norddepartement (Französi-
sch-Flandern), das immer die stärksten Organisationen im Lande
hatte, wird die Tatsache berichtet, daß sich viele der „Trois-
nisme“ (d. h. diejenigen, die für den Beitritt zur dritten (trois-
ième) Internationale, für die Resolution Caglin-Frossard ge-
stimmt hatten), schon enttäuscht wieder zur sozialistischen Partei
zurückfinden.

Der „Sieg von Tours“ war ein Pyrrhusieg. Die Kommu-
nisten werden auch in Frankreich nicht die Massenpartei des Prole-
tariats werden, sie werden die bösen Folgen ihres Verbleibens
am Proletariat bitter zu kosten bekommen. Die sozialistische Par-
tei Frankreichs besteht fort und wird die Schwächlinge, die ihr durch
die Moskauer Zugeständnisse überwinden und wieder wettzu-
machen versuchen.

Ein gefälschter Putschplan?

Wie wir bereits gemeldet haben, veröffentlichte die Rote
Fahne in ihrer Sonnabendnummer ein Dokument über einen
Putschplan der Rechten. In dem Dokument, das von der „Vater-
ländischen Königspartei“ in Berlin abgefaßt und an den Bezirks-
hauptmann Lesser in Plauen gerichtet sein soll, werden
genaue Verhaltungsmaßregeln für den Aufmarsch und das Ver-
halten der reaktionären Streitkräfte bei dem erwarteten Kommu-
nistenaufstand gegeben. Der Plan trägt durchaus militärischen
Charakter und enthält zahlreiche, bis ins einzelne gehende An-
weisungen an die reaktionären Organisationen, auch an die
Ordnungsbefugten. So sicher es ist, daß die Rechtspartei und Mon-
archisten derartige Vorbereitungen getroffen haben, so muß die
Echtheit des Dokuments doch stark bezweifelt werden. Vor allem
erscheint es durchaus unwahrscheinlich, daß die Ludendorff, Eise-
rich, Reventlow und Wittthum-Eckardt ein derartiges Dokument
mit ihren vollen Namen unterzeichnen. Dazu sind sie doch viel zu
gerissen. Die Genannten haben denn auch schon alle der Reihe nach
öffentlich erklärt, daß sie mit der Angelegenheit nichts zu tun hätten
und ihre Unterschriften gefälscht seien. Ebenso erklärt der preussische
Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, daß sich das Docu-
ment nach eingehender Prüfung als eine allerdings recht geschickte
Fälschung erweisen habe. Eine Organisation unter dem Namen
Vaterländische Königspartei gebe es überhaupt nicht. Die
preussische Königspartei aber soll nach der Versicherung des
Staatskommissars ihre Pläne nur auf legalen Wege verwirklichen
wollen. Daß die Monarchisten nicht so harmlos sind, wie es das
Staatskommissariat hinstellt, ist ja hinreichend bekannt. Als
ebenso sicher darf man aber auch annehmen, daß sie nicht so unge-
schickt vorgehen werden, wie es nach der Veröffentlichung der Roten
Fahne erscheinen muß.

Wenn zwei daselbe tun . . . !

In einer Presse-Konferenz in Berlin gab der Regierungsver-
treter auf Anfrage eines Pressevertreters über die Haftentlassung
der nach den Waldenburger Entlassungen verhafteten Orde-
nente folgende Erklärung ab: „Die Verhafteten sind bis auf den
allerdings sehr schwer Belasteten Müller entlassen worden, weil sich
herausgestellt hatte, daß ihre Bemühungen einen rein defensiven
Charakter trugen. Ebenso wurde von der Verhaftung von zwei
Herren (notabene mit sehr hoch klingenden Namen), die sich frei-
willig stellten, Abstand genommen.“ Bei der Behandlung dieses
Falles und der um die gleiche Zeit erfolgten Verhaftung der
„Führer“ einer „roten Armee“ mühte doch der Regierung zum
Bewußtsein kommen, daß auch der „friedlichste Bürger“ allmählich
zu der Einsicht kommen dürfte, daß etwas faul ist in der „berühm-
ten“ deutschen Rechtspflege. Wenn die Herren in Oberschlesien das
Recht haben, sich zu einem Defensivbündnis zusammenzutun, und
wir sind sicher, daß die nach der Mitteilung des Regierungsver-
treters weitergeführte Untersuchung kein andres Resultat zutage
fördern wird, so darf man das gleiche Recht auch nicht den Ar-
beitern Westdeutschlands streitig machen. Wir jedenfalls können
keinen Unterschied darin finden, um so mehr, als wir die feste
Ueberzeugung haben, daß die „rote Armee“ in Westdeutschland
nicht weniger defensiv ist als die „Orde“ in Oberschlesien. Was
sich haben sich übrigens die bald von rechts, bald von Regierungs-
seite auftauchenden Gerüchte über die „roten Armeen“ in Deutsch-
land immer noch als Strohgepinste erwiesen. Dagegen hat es nicht
erst der Enthüllung von Waldenburg bedurft, um nachzuweisen,
daß die Orde eine über ganz Deutschland ausgebreitete, vorzüg-
lich ausgebildete und auch bewaffnete Organisation der Reaktion
ist. Die ungleiche Behandlung der beiden vorliegenden Fälle be-
weist nur aufs neue, daß der alte „Rechts“grundsatz des alt-
preussischen Justizministers: „Wenn zwei daselbe tun, so ist es
doch nicht daselbe!“ auch im neuen Deutschland die Grundlage für
die Handlungen der Justiz bildet.

Wie die Rote Fahne berichtet, erschienen am Donnerstag-
nachmittag auf Geheiß des Generals von Seeck drei Geheims-
polizisten im Zentralbureau der RPD, die bei der Suche nach
„Männern über die Selbstschußorganisation der RPD“ alles von
unten zu oben lehrten, aber „weder Sped noch Märkte, noch
russische Rubel und russisches Geld“ und noch viel weniger die ge-
suchten Selbstschußpläne fanden. „Selbstschußorganisation existiert
nicht“, schreibt die Rote Fahne und bezeichnet im weiteren die
Hausdurchsuchung als einen bewußten Schwindel zu dem Zwecke, zu ver-
decken, was auf der andern Seite mit „Selbstschußorganisationen
vor sich geht“.

Auch wir sind der Meinung, wenn Herrn von Seeck daran
gelegten ist, die „Selbstschußorganisationen“ ausfindig zu machen,
hat er reichliche Gelegenheit dazu in Ordekreisen.

Moskauer Opfer.

Die Moskauer Diktatur fordert ein Opfer nach dem andern,
auch außerhalb der kommunistischen Arbeiterklasse selbst. Nachdem
die kommunistischen Apostel die Arbeiterbewegung in Oberschlesien
aufs härteste durch ihre Spaltungsarbeit geschädigt haben, stehen
sie nun selbst hilflos vor dem großen wirtschaftlichen und politischen

Problem. Die Vereinigte kommunistische Partei Oberschlesiens,
die sich aus der links-unabhängigen, deutschen und polnischen
Kommunisten zusammenschloß, hatte von Berlin aus die Moskauer
Weisung empfangen, bei der ober-schlesischen Abstimmung ihre
Stimme für Sowjetrußland abzugeben. Da dieser einfachen
lindeutschen Parole einfach niemand gefolgt wäre, im Gegenteil, auf
dem Parteitag, der sich mit dieser Frage beschäftigte, allgemeine
Stimmung für eine Stimmabgabe für Deutschland bestand,
so bleibt kein anderes Komprovis übrig, als die ober-schlesische Parole
Stimmrußland abzugeben. Es scheint, daß über diese Parole
allmählich selbst die kommunistischen Führer stützen. Der bekannte
Kommunisten-Apostel Kauh zieht sich aus dem politischen Leben
zurück, offenbar weil er erkannt hat, daß die Moskauer Diktatur
nicht den Teufel um alle politische Vernunft in den Einzelfragen der
unabhängigen Wähler kümmert. Nicht ohne Veranlassung ließ man das
Abschiedsreiben, das Herr Kauh an den Magistrat in Gleiwitz
bei Niederlegung seines Mandats gerichtet hat:

„An den Magistrat Gleiwitz
i. H. des Herrn Oberbürgermeisters.“

Infolge andauernder Verschlechterung meines Gesundheits-
zustands sehe ich mich gezwungen, mich zunächst von jeder politi-
schen Tätigkeit zurückzuziehen. Die weitere Folge dieses Schrittes
ist, daß ich mein Stadtverordnetenmandat niederlege, sowie die
Tätigkeit in den verschiedenen Kommissionen. Ich fühle mich ge-
drungen, Herr Oberbürgermeister, Ihnen sowie den einzelnen
Herren des Magistrats meinen Dank auszusprechen für das mir
persönlich entgegengebrachte Vertrauen und Wohlwollen. Wenn
der politische Kampf im Stadtverordneten-Kollegium hin und wie-
der etwas heftige Formen annahm, so geschah dies von mir nicht
aus persönlichen Motiven, sondern um der Wählerchaft zu dienen,
durch deren Vertrauen ich in das Kollegium gewählt wurde. Ein
persönlicher Kampf lag mir durchaus fern.“

Dieser Rücktritt Kauh's ist offenbar ein Zeichen einer inneren
Krise der kommunistischen Gruppe Oberschlesiens, die aus der Tat-
sache sich entwickeln mußte, daß die Bedürfnisse der ober-schlesischen
Arbeiterchaft bei der Moskauer Diktatur nicht die geringste Be-
rückichtigung fanden und daß die kommunistische Partei deshalb
nicht in der Lage ist, das Interesse der ober-schlesischen Arbeiterchaft
und das Interesse des Sozialismus selber gegenüber den großen
Männern in Moskau wahrzunehmen.

D'Annunzio, Lenin und die italienischen Kommunisten.

Ueber die Beziehungen D'Annunzio's zu Lenin und den
italienischen Kommunisten bringt der Pariser Populaire einen
Artikel, der das allgemeine Interesse der Arbeiterklasse beansprucht.
Darin wird gezeigt, wie die enthusiastischen Liebeserklärungen des
börsartigen Kriegstreibers und politischen italienischen Abenteurers
D'Annunzio für Lenin und die Sowjetrepublik dort nicht nur keine
schroffe Zurückweisung erfuhren, sondern ernsthafte und freunds-
chaftliche Aufnahme fanden.

In seinem sogenannten Auswärtigen Amte in Fiume findet
man jetzt zahlreiche Dokumente, die die tiefe Sympathie und Be-
wunderung D'Annunzio's für den Diktator Lenin ausdrücken und
den Wunsch enthalten, mit Moskau in diplomatische und wirt-
schaftliche Beziehungen zu kommen. Diese Selte der politischen
Tätigkeit D'Annunzio's — so meint der Populaire — ist bekannt,
weniger dagegen, daß eine gewisse kommunistische Richtung in
Fiume geneigt war, zu der „revolutionären“ Armee D'Annunzio's
zu stoßen und das Abenteuer mitzumachen.

Serrati hat diese Vorgänge im Vantani vom 20. Dezem-
ber mitgeteilt, wodurch diese nationalitisch-kommunistische Episode
erst allgemein bekannt wurde. Er führt dann die Notiz an, die die
Tribuna von Rom über Bombacci veröffentlicht und worin
gesagt wird, die Erklärungen Bombacci stimmten nicht überein
mit dem, was der Vantani gesagt hat. Nach der Tribuna hat Bom-
bacci erklärt, die Bewegung D'Annunzio's sei tief revolutionär
und D'Annunzio selbst ein Revolutionär. Lenin habe ihm (B.) in
Moskau dasselbe von D'Annunzio gesagt und hinzugefügt, daß,
falls die italienischen Sozialisten ein Manifest gegen D'Annunzio
veröffentlichen sollten, er dann dagegen protestieren und dagegen stim-
men würde.

Serrati sagt nun, daß, wenn er bei Bombacci nicht oft genug
dieselben Anschauungen wahrgenommen hätte und wenn nicht andre,
Bombacci nahelebende Genossen nicht dieselbe Ansicht geäußert
hätten, hätte er sich noch ein Abgeordneter in Mailand, hätte er dann die
Tribuna-Notiz nicht für zuverlässig gehalten.

Daß Lenin sich so zu Bombacci geäußert hat, bestreitet Serrati
nicht, er sagt nur, er habe die Äußerung nicht gehört. Er hätte
auch starke Bedenken gegen die nationalen und kolonialen Thesen
gehabt, die Lenin dem 2. Kongress unterbreitet hat, und hat sich
auch bei der Abstimmung der Stimme enthalten; er sah darin die
Gefahr, daß die D'Annunzioleute diese Thesen in ihrem Sinne aus-
beuten würden. Die beiden andern italienischen Delegierten,
Bombacci und Bordiga, haben den Thesen zugestimmt.
Dementiert hat Bombacci die ihm von der Tribuna zugeschriebene
Rede bis jetzt nicht; es ist sehr wohl möglich, daß er und seine
Richtung mit den D'Annunzioleuten gewisse Beziehungen hatten.

Ein neuer Milliarden-Notetat.

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner Sonnabend-Sitzung mit
einem neuen Notetat für Februar 1921. Der Berichterstatter,
Ministerialdirektor Sachs, hob hervor, daß dies bereits der
siebente Notetat im Laufe des Jahres sei. Eine solche Finanz-
wirtschaft läuft dem Sinn der Verfassungsdorfahrt zuwider, die
die Finanzgebarung des Reiches von dem Bewilligungsrecht der
gesetzgebenden Körperschaften abhängig macht. Es muß von
Reichstagen eine Form gefunden werden, den Etat für das nächste
Rechnungsjahr rechtzeitig zu verabschieden. Der Notetat nimmt
eine Reihe von wichtigen Requisitionen vorweg. Er ver-
langt u. a. 400 Millionen Mark zum Erlaß von Tumultschäden,
ferner 7,7 Milliarden Mark zur Verbesserung der Volksernährung
(1,25 Milliarden Mark zur Beschaffung von billigem Mehl für
Landwirte für Schweinefleisch, 5,5 Milliarden Mark zur Be-
schaffung von Auslandsgetreide und zur Verbilligung der Brot-
verfertigung, 277,7 Millionen Mark für Frühdruckprämi-
en, 600 Mil-
lionen Mark für künstliche Düngemittel aus dem Ausland, 50 Mil-
lionen Mark für Abwehrungsprämien für Kartoffeln), 400 Millionen
Mark für Ueberbrückungszuschüsse bei Neubauten von Handels-
schiffen, 3 Milliarden Mark zur Ausführung des Friedensvertrages
und 1 Milliarde Mark zur Deckung des Fehlbetrages bei den
Reichseisenbahnen, deren Defizit auf zirka 16 Milliarden Mark
geschätzt wird. Der Notetat wurde unter Abstrich von 9 Millionen
Mark angenommen.

Eine „kleine“ Anfrage.

Die Reichstagsfraktion der RPD hat folgende kleine An-
frage an die Regierung gerichtet:
Der Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein hat im Vor-
worts erklärt, Beweise dafür zu haben, daß die deutsche Reichs-
regierung während des letzten Krieges die russischen Politiker

Lenin, Trocki u. a. mit etwa 50 Millionen Mark unterstüzt
oder doch ihre Unterstützung durch die deutschen Militärbehörden
zugelassen habe.

Nach der Reichsregierung die Behauptung des Herrn Abgeord-
neten Bernstein bestritt?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um durch Nach-
prüfung der Angaben des Herrn Abgeordneten Bernstein Licht
in die von ihm behauptete Korruptionsaffäre zu bringen?

Die RPD-Fraktion geht recht umständlich zu Werke, um die
Wahrheit der von Bernstein aufgestellten Behauptung zu er-
mitteln; sie brauchte bei ihrer engen Beziehung zu Lenin doch nur
dieses zu fragen, ob es wahr ist, daß er von der kaiserlich deutschen
Regierung seinerzeit mehr als 50 Mill. Goldmark erhalten hat. Ober-
traut sie der Wahrheitsliebe der jetzigen deutschen Regierung mehr
als Lenin?

Eine Interpellation über die Justiz.

Angefaßt der sich ständig mehrenden Fälle, in denen die
deutschen Gerichtsbehörden besonders auch bei der Anwendung des
Amnestiegesetzes ihre Entscheidungen nach einseitig reaktionären
Gesichtspunkten treffen, ist in Reichstagen eine von unabhängigen
Sozialdemokraten und Kommunisten unterzeichnete Inter-
pellation eingebracht worden. Wenn es sich um ein Ver-
fahren gegen Arbeiter handelt, so findet das Amnestiegesetz aus
irgendwelchen nichtigen Gründen keine Anwendung oder wird
lange Zeit hinausgezögert, dagegen sind die Gerichte nur allzu
bereit, das Gesetz in Anwendung zu bringen, wenn es sich um
reaktionären Antrieben beteiligte Personen handelt. Wir er-
innern nur an den Marlow-Prozess, an die Marburger Studenten,
an die Ermordungen Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Genau
so verhält es sich mit der Aburteilung von Kriegsverbrechern.
Arbeiter sind zu Zuchthaus verurteilt worden, Hunderte von
Offizieren, deren Verbrechen im Kriege nachgewiesen sind, werden
überhaupt nicht inhaftiert.

Wir sind begierig, was die Reichsregierung auf diese Inter-
pellation zu sagen haben wird.

Der schwarz-weiße Sturmbock.

Kassel, 22. Januar.

Der preussische Minister des Innern, Severing, hielt gestern
in Kassel eine Wahlrede, in der er u. a. ausführte: Preußen ist
heute der Sturmbock gegen die herausragende Reaktion. Das
Reich muß sich weiter nach links orientieren. Die Revolution ist
nicht „gemacht“ worden, sondern hat sich mit Notwendigkeit aus
den Verhältnissen heraus entwickelt. Keinerlei Schuld daran
tragen Wilson und Ludendorff. Ueber die Selbstschußorganisationen
sagt Severing: Der Staat hat die Pflicht, Leben und Gesundheit
seiner Bürger zu schützen, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu er-
halten und eine starke Polizei dazu aufzustellen. Jeder Selbstschuß
birgt inner- und außenpolitische Gefahren in sich. Es wird gegen
alle die eingeschritten werden, die gegen das Selbstschußverbot der
preussischen Regierung handeln. Wenn solche Selbstschußverbände
keine Waffen haben wollen, so erscheint es fraglich, wie sie den
Selbstschuß handhaben wollen. Die Polizei hat die Verpflichtung,
bei jedem Verdacht einzugreifen, auch wenn der Staatsanwalt bei
einer Untersuchung zu einer Freisprechung kommt.

Ob den schönen Worten auch die entsprechenden Taten folgen
werden, wagen wir angesichts der Zusammensetzung der „harthen
Polizei“, auf die Herr Severing pocht, noch sehr zu bezweifeln.
Die Vorstellung, daß das schwarz-weiße Preußen der Sturmbock
gegen die Reaktion sei, ist denn doch zu drollig. Bisher ist es
seiner alten Rolle, Sturmbock gegen das revolutionäre Proletariat
zu sein, noch nicht untreu geworden.

Wie es gerade paßt!

Die Regierung hat die Presse aufgefordert, möglichst nachdrück-
lich darauf aufmerksam zu machen, daß die Risten der abstinenzun-
berechtigten Oberschlesier demnächst geschlossen werden, damit alle
Abstimmungsberechtigten sich noch rechtzeitig eintragen lassen. Der
Regierungsvertreter führte dabei aus, daß die Gefahr in Ober-
schlesien keineswegs so groß sei, als daß sich irgendjemand von der
Reise dorthin deshalb abhalten lassen könne. Auch wir sind der
Ansicht, daß alle stimmberechtigten Genossen ihre Stimme für das
Verbleiben Oberschlesiens beim Reich abgeben sollen, weil damit
der Sache des Sozialismus mehr gedient ist, als wenn Ober-
schlesien an Polen geht. Es ist nur interessant, festzustellen, wie die
Regierung, die sonst mit dem Verbreiten von Gerücheln über
Morde und Raubüberfälle in Oberschlesien kein Ende finden
kann, wenn es ihr gutdünkt, die Situation als gar nicht so gefähr-
lich hinstellt!

Abgelieferte Schiffe.

Paris, 20. Januar. (Havas.) Bis zum 31. Dezember sind der
Reparationskommission von Deutschland insgesamt geliefert wor-
den: 2 054 729 Bunkertanker-Tonnen Schiffe, davon 2 019 655
Tonnen Dampfer, 9750 Tonnen Schlepper und 25 229 Tonnen
Segler. Deutschland hat noch etwa 500 000 Tonnen Schifferaum
zu liefern. Von dem abgelieferten Schifferaum sind bisher
1 814 173 Tonnen folgenbermaßen verteilt worden: an Eng-
land 1 477 939, an Frankreich 166 924, an Italien 124 001, an
Japan 28 678 und an Belgien 15 831 Tonnen. Der Dampfer-
Tropf mit 20 000 Tonnen ist eben fertiggestellt und wird im Laufe
des Januar abgeliefert.

Zur Ablieferung der Binnenschiffahrtsflotte.

Frankfurt a. M., 22. Januar. Die Frankfurter Zeitung erzählt
von unrichtiger Seite. Der Fachausschuß der deutschen
Binnenschiffahrt für die Abgabe der Binnenschiffahrtsflotte
nach § 357 des Versailles-Vertrages hat den Schaden, der die
Binnenschiffahrt betrifft, auf 500 Millionen Mark berechnet.
In den Ententeforderungen werden die Schiffe doppelt und dreifach
verlangt. Eine eigentliche Schiffsliste ist bisher Deutschland
nicht übergeben. Als Grundlage dient vielmehr die des ameri-
kanischen Schiedsrichters. Die Verlamina wählte für die Pariser
Verhandlungen Vertreter aus den einzelnen Stromgebieten. Es
soll verlangt werden, der Entente Schiffe anzubieten die
erst gebaut werden sollen, um so den Verlust der für den
Berkehr dringenden notwendigen Fahrzeuge auszugleichen und dabei
Arbeitsmöglichkeiten zu gewinnen.

Die neue Dunkelkammer.

W. T. B. meldet aus Berlin: Der Auswärtige An-
schiuß des Reichstags trat heute zu einer längeren Sitzung
zusammen. Gegenstand der Tagesordnung waren Fragen des
Auswärtigen Amtes. Die Verhandlungen für vertraulich
erklärt.
Mehr braucht die Öffentlichkeit über die Vorgänge in der
auswärtigen Politik nicht zu wissen. Man muß schon sagen —
schlechter ist sie unter dem alten Regime auch nicht unterrichtet
worden.

Die Antilibschewitschen-Konferenz in Paris.

Paris, 21. Januar. Die Konferenz der Mitglieder der „russi-
schen Konstituante“ in Paris dauert im Zeichen der Eintracht zwi-
schen den Sozialdemokraten und dem an der Konferenz betei-
ligten linken Flügel der Radikalen fort und hat zu den wichtigsten
Fragen bereits Stellung genommen. Die Konferenz erhob Ein-
spruch gegen die Verträge der Sowjetregierung, als eine Sowjet-
regierung Anzuerkennung zu erlangen und sprach förmlichen Ver-
trägen, die mit der Sowjetregierung abgeschlossen werden könnten,
die Rechtsverbindlichkeit ab, bis sie einer Revision durch die zu-
künftige wirkliche Volksregierung Rußlands unterzogen würden.

Die Vergabung von Konzessionen durch die Sowjetregierung erklärte die Konferenz als ungültig und bezeichnete sie als Raub am Volksvermögen. Inzwischen wandte sich die Konferenz entschieden gegen die Politik der Moskade. Zur Frage der russischen auswärtigen Staatschulden erklärte die Konferenz, daß angeichts der schweren Opfer Russlands im Weltkriege die Regelung dieser Angelegenheit einer besonderen internationalen Konferenz vorbehalten bleiben müsse. Die Konferenz erhob Einspruch gegen jede ausländische Intervention und gegen die Aneignung russischer Gebiets durch die Nachbarländer. Sie erklärte sämtliche darauf bezügliche Verträge für ungültig und gedachte mit Anerkennung des korrekten Verhaltens der Vereinigten Staaten in dieser Frage. In Bezug auf die Randstaaten, mit Ausnahme Polens und Finnlands, äußerte die Konferenz die Hoffnung, daß nach Zusammenbruch des Sowjetregimes die kulturelle und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit zur freiwilligen Bildung eines föderativen Rußlands führen werde. Die Einstimmigkeit bei den Abstimmlungen wurde nur in der Nationalitätenfrage gestört. Die Resolution der Konferenzmechtheit, die den Nationalitäten weitgehende Rechte, darunter das Recht der autonomen Staatenbildung innerhalb der russischen Föderation zusprach, fand nicht die Zustimmung der drei tatarischen Mitglieder, die noch besondere Zusicherungen forderten. — Selbstverständlich haben die Beratungen vorläufig nur den Wert akademischer Erörterungen.

Deutschland.

Der Parlamentschug gegen Demonstrationen.

In Berlin hatte der Polizeipräsident eine Besprechung mit Vertretern der politischen Parteien über die Frage des Schutzes der Bauwerke. Politische Parteien haben die vom Polizeipräsidenten gewünschte Erklärung ab, daß sie bei politischen Demonstrationen durch eigene Ordner nach besten Kräften die Verhinderung des Bannkreises zu verhindern suchen würden; nur der Vertreter der kommunistischen Partei betonte, seine Partei erkenne das Gesetz über die Bauwerke nicht an und werde ihre Kundgebungen so durchzuführen, wie es das Interesse einer revolutionären Partei verlange.

Ein polnisches Waffenlager entdeckt. Am Mittwoch wurde durch die Abstimmungspolizei in dem Dorfe Makosha ein belgisches polnisches Mitglied des parlamentarischen Ausschusses ein Waffenlager entdeckt. Beschlagnahmt wurden 76 Gewehre und mehrere Riflen mit Geschmurrmunition und Handgranaten im Gewichte von über 4 Zentner.

Zeltungsverbot in der Pfalz. Wie die Pfälzische Post meldet, ist das Frankenthaler Tagblatt auf drei Tage verboten worden.

Erhöhung des Straßenbahnpfahpreises in Berlin. Der Berliner Magistrat hat nach dem Vorschlage der Verkehrsdeputation beschlossen, den Tarif der Straßenbahn auf 1 Mk. zu erhöhen.

Sinkende Großhandelspreise. In Hamburg sind die Großhandelspreise für Lebensmittel stark im Fallen begriffen, besonders für Kaffee, Kakao und hauptsächlich für Reis. In Hamburger Handelstreifen wird von Zahlungseinstellung verschiedener Firmen gesprochen.

Erhöhung des steuerfreien Einkommens? Im Reichswirtschaftsrat ist ein Antrag eingegangen, der die Erhöhung des steuerfreien Einkommens vorschlägt. Der steuerfreie Einkommensanteil soll für jede Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person von 500 Mark auf 1000 Mark erhöht werden und von jeder Landes- und Kommunalsteuer freibleiben.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der englisch-irische Krieg.

In der Donnerstagnacht wurde in London von etwa 50 bewaffneten Polizeibeamten mit Kraftwagen eine Kazzia auf ein kleinerer Veranstaltung. Etwa acht Häuser in verschiedenen Teilen Londons wurden durchsucht. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen. In allen durchsuchten Häusern wurden große Mengen Dokumente beschlagnahmt. Der Pall Mall Gazette zufolge hat der Befehlshaber des Bezirks Dublin mitgeteilt, bei einer Fortdauer bewaffneter Angriffe auf die in Fahrzeugen befindlichen Streitkräfte der Krone würden bekannte lokale Rebellen als Geiseln mitgeführt werden. — In Cork wurde einer Reutermeldung zufolge von den Militärbehörden als offizielle Vergeltung für den am Sonntag erfolgten Angriff auf zwei Detektive zwei Kaufmänner in die Luft gesprengt. — In Belfast wurden nach einer Reutermeldung wieder 7 Polizisten getötet und 2 verwundet. — Nach einer amtlichen Wochenübersicht über die Lage in Irland betrug die Zahl erster Verbrechen 57 gegen 113 in der Vorwoche. Die Gesamtzahl der internierten Personen beläuft sich jetzt auf 1429.

Kongress

der italienischen sozialistischen Partei.

2. Tag. (Vormittagsitzung.)

W. Livorno, 16. Januar 1921.

Die stürmische Erregung, mit welcher gestern der Kongress eingeleitet hatte, hat sich heute noch wesentlich gesteigert. So daß die Verhandlungen teilweise ausgesetzt werden mußten. Es ist ganz offenbar, daß die Rebellien des Kongresses planmäßig von der extremen Linken geleitet werden, was ihr durch die unvorhergesehenmäßig große Zahl der Delegierten ganz beträchtlich erleichtert wird, da es der Versammlungsleitung einfach unmöglich ist, die 3000 Teilnehmer zu überwachen. Ein gestern die Linke fast abschlossen bestimmten, so hat sie sich heute auf den ganzen Raum verteilt und entzog sich damit noch mehr der Kontrolle.

Noch deutlicher als am ersten Tag spürt man heute, wie Moskau den Kongress mit eiserner Hand umspannt hält und von ihm fortgesetztes Jubeln in quälende Krämpfe versetzt.

Als erster erhebt der bulgarische Kommunist Kabakchew das Wort. Er überbrachte den Gruß seiner Partei sowie des Exekutivkomitees der dritten Internationale und verlas zunächst in französischer Sprache ein Schreiben des Moskalauer Exekutivkomitees an den Kongress. Soweit dieses einen Aushandlungsvertrag über die wirtschaftliche Lage Europas gibt, wurde es ruhig angehört, als es aber die schwersten Vorwürfe gegen den Genossen Serrati erhob und ihn gar zum Vorwurf machte, daß er wohl bereit sei, einige Reformen zu opfern, um den Reformismus in Italien zu retten, brach die überwältigende Mehrheit des Kongresses in einen Sturm aus und ließ den Schrei der Wut erklingen. Als gerade in diesem Augenblick Serrati im Kongressaal erschien, verwandelte sich der Protest in eine ebenso machtvolle Ovation für den von Moskau so unglücklich geschmähten Vorkämpfer des italienischen Proletariats. Man brachte stürmische Hochrufe auf Serrati aus, schwenkte die Hälte und aus den Logen warf man ihm Blumen zu. Diese Zurückweisung der Moskauer Angriffe war von überwältigender Wucht, die auch das schrille Pfeifen einzelner Extremisten nicht abzuwächen vermochte.

Erst nach halbstündiger Unterbrechung kann die Vorlesung fortgesetzt werden. Aber sofort erhebt sich ein neuer Sturm. Als in dem Schreiben behauptet wird, daß Serrati, da er die Voraussetzungen für eine Revolution in Italien vermisse, notwendigerweise resignieren werde, auch die Taktik der Reformen anzunehmen. Man legt Kabakchew, der inzwischen die Vorlesung des Moskalauer Schreibens einem italienischen Kommunisten in italienischer Sprache übertragen hatte, dem Kongress die Krone vor, ob er die Worte Moskaus anhören wolle oder nicht. Als der Sturm aber weiter tobt, verbessert er seine Frage, die für einen Augenblick die Spaltung in größter Nähe rückt, und wandelt sie in eine Bitte, daß das Schreiben angehört werde. Serrati selbst unterbricht diese Bitte dringend. „Nun wenn die von Moskau gebrauchten Worte bisweilen hart und verlegend sind“, meint er, „so gebietet doch die Sorge um die italienische Revolution, daß die Bitte befolgt wird. Die fortwährenden

Unterbrechungen könnten den Eindruck erwecken, daß es uns an Argumenten fehle. Wir werden nächst darauf antworten, ohne in den von Moskau beliebigen Ton zu verfallen. Aber werden die Antworten in der von uns gewohnten Form sein? Nehmen wir an die Vorlesung ohne weitere nennenswerte Unterbrechungen fortgesetzt werden.

Auch der weitere Teil besteht nur in einer scharfen Polemik gegen Serrati. Insbesondere wird ihm ein Widerspruch gegen die Moskalauer Behauptungen in der Frage nach dem Vorwurf gemacht und die schon früher von Moskau der italienischen Bauernbewegung gegebene Deutung wiederholt. Serrati sei dieser Bewegung nur deswegen entgegengelehrt, weil er überhaupt Gegner der Revolution sei. Auch in der Bewertung der nationalökonomischen Beweise der unterdrückten Völker und der Bedeutung des Kongresses von Vatu weicht Serrati von Moskau ab, weil er unsäglich sei, deren Bedeutung für die proletarische Bewegung zu erkennen. Schließlich wird Serrati noch vorgeworfen, daß er die gelbe Internationale, die ein Bestandteil der 2. Internationale sei, unterstützen und somit auch in dem Maßstab der heutigen Unabhängigen treibe, die ein Kompromiß mit der Bourgeoisie geschlossen hätten. Das Schreiben fordert auf, die Moskauer Thesen und Bedingungen ohne Vorbehalt anzunehmen. Nur wer dies tue, sei ein wirklicher Freund der dritten Internationale.

Die Parteispaltung in Italien.

Livorno, 22. Januar. (Stefani.) Zu der gestrigen Sitzung des Sozialistenkongresses wurden bei der Abstimmung 95023 Stimmen für die Unitaristen, 58783 für die Sezessionsisten und 14695 Stimmen für die Konzentrationisten abgegeben. Die Vertreter entschieden sich für die Abstimmung. Nach diesem Ergebnis verließen die reinen Kommunisten den Kongress. Sie begannen sich in einen anderen Saal, um die kommunistische Partei als italienische Sektion der 3. Internationale zu begründen. Der Kongresspräsident erklärte darauf unter dem Beifall der Versammelten, daß der Kongress der sozialistischen Partei seine Rechte fortsetze. Zum Schluß ernannte der Kongress die Mitglieder der Parteileitung und bestätigte Serrati als Direktor des Kongresses.

Reichstag.

Berlin, den 22. Januar.

Zunächst wird das Gesetz über die Betriebskassen und die Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung dem sozialpolitischen Ausschuss übergeben.

Auf der Tagesordnung steht weiter der Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes. Der Entwurf soll das gesamte Einkommen, das ein Steuerpflichtiger von Anfang bis Ende seiner Steuerpflicht bezieht, von der Einkommensteuer erfassen. Die Veranlagung erfolgt alljährlich nach Ablauf jeden Kalenderjahres. Es erfolgt nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige in dem maßgebenden Kalenderjahr während der Dauer seiner Steuerpflicht bezieht. Da grundsätzlich nur das tatsächliche Einkommen veranlagt wird, werden die während des ganzen Kalenderjahres bestanden hat, eine Umrechnung des während der Dauer der Steuerpflicht bezogenen Einkommens auf ein Einkommen von 12 Monaten nicht erfolgen. Für das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbe und Bergbau wird das Ergebnis des Wirtschaftsjahres festgesetzt, wenn das Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr abweicht. Am durch die doppelte Besteuerung des Jahres 1920 keine Härten zu verursachen, wird allgemein die Bemessungsgrundlage der Jahre 1920 als Bemessungsgrundlage bei der Veranlagung für zwei Rechnungsjahre festgelegt.

Abg. Reil (Soz.): Die steuerrechtlichen Einzelheiten der Vorlage müssen im Steueraussschuß noch gründlich erörtert werden. Die Befreiung der Härten aus der Doppelbesteuerung von 1920 erfordert schwierige Umstellungen. Schwierigkeiten ergeben sich bei den Ansprüchen der Länder, und namentlich der Gemeinden. Manche Länder, wie Preußen, haben den Gemeinden schon große Zugeständnisse gemacht. Da wird es schwer sein, einen Ausweg zu finden. Wir begrüßen es, daß die Steuerfreiheit der Abgaben für wirtschaftliche, kulturelle und politische Zwecke durch die Vorlage beseitigt wird. Die Einführung dieser Steuerfreiheit haben wir feinerzeit einen gesicherten Ausweg genannt. Es gibt keine Ausgabens, die kulturfördernder wären als die für den wirtschaftlichen Aufbau des Reiches. Das steuerfreie Einkommen darf überhaupt nur bis zu einer gewissen Einkommensgrenze gewährt werden; andererseits muß bei den niedrigsten Einkommensstufen die Schonungsgrenze heraufgehoben werden. Leider wurden unsre dargelegten Anträge feinerzeit von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Die Instanz und gar nicht politisch organisierte Ablehnung des Steuerabzuges vom Lohn durch die Arbeiterklasse war das beste Zeugnis für die unerträgliche Belastung; jedoch wäre es richtiger gewesen, den Hauptsturz nicht gegen das technische Verfahren des Steuerabzuges, sondern gegen die Höhe der Steuer zu richten. Aus dem Jahre 1920 sind nach viele Reste von nichteingelegenen Steuern übrig; es wird nichts übrigbleiben, als diese Steuerhöfen bis zur Einkommensgrenze von 20000 Mk. zu streichen. Der Lohnabzug muß in Einklang gebracht werden mit der Steuerlast, die endgültig zu zahlen ist. Wechselt die Arbeiterklasse bluten, wenn man täglich sieht, wie zahlreiche einflussreiche Kräfte am Werke sind, um den Welf zu schonen und alles auf die Lohnempfänger abzumähen. (Sehr richtig! u. d. Soz.)

Bei der Einziehung der Steuern ist man sehr ungeschicklich verfahren. Trotz der zweifelslos vorhandenen Überlastung der Behörden hätte für die Durchführung der Steuererhebung viel mehr gesehen werden können. Aber einzelne Beamte wandten sich an den Welf nicht heran. Mit dem Abbau der Besteuerung, der von Herrn Helfferich und seinen Freunden gefordert wird, ist schon begonnen worden. Die Deutschnationale Volkspartei ist dabei zur stillen Teilhaberin der Regierungskoalition geworden. (Sehr wahr! links — Widerspruch rechts.) Im Steuerabzug, sah sich der Reichsfinanzminister bei der Beratung des Abzuges notopfers von der eigenen Fraktion sowie von den übrigen Regierungsparteien verlassen und fand nur an unsrer Reaktion eine Stütze. Das Zentrum ist im Ausbruch bereitendewerke nur durch Großindustrielle und Großagrarier vertreten, die die Interessen des Mittelstandes völlig vernachlässigen. Entsagen den Vorschlägen des Ministers wurde unter Führung Helfferichs geschlossen, Kriegsanleihe bis zum Ablauf eines Monats nach Zustimmung des Steuerabzuges zum Renntwert an Zahlungsmittel zu nehmen. Ein zweiter Versuch zum Abbau des Reichsnotopfers ist es, daß man der Reichsregierung eine verminderte Herausziehung des Großgrundbesitzes aufzwingen will, die im direkten Gegenfaz zum Sinne des Gesetzes steht. Anstatt für die Wertbemessung den Ertrag der Jahre 1914—19 zugrunde zu legen, wollen die Herren die Erträgnisse der Jahre 1908/9—17/18 herangezogen sein. Wenn die Anträge angenommen werden, so muß das das ganze Notopfergebäude zum Einsturz kommen. Schon durch das letzte Gesetz ist das im Grundbesitz inaktive Vermögen ganz bedeutend gegenüber dem sonstigen vermehrt. Trotzdem wollen die Herren im Ausbruch den Reichsfinanzminister zwingen, ohne weitere Beratung den neuen Entwurf im Verhandlungswege durchzuführen. Wenn hier weitere Vergünstigungen gewährt werden, so wird sich das deutsche Handwerksstatut dabei nicht beruhigen, und der Ertrag des Gesetzes wird in unvorstellbarer Weise beschränkt werden. Wenn jemand behauptet, daß die deutsche direkte Steuererhebung bis zum äußersten Maße ausgereizt sei und nur indirekte Steuerbelastungen übrigblieben, so ist das un wahr. Für mich bleibt es Hauptgrund, daß der Arbeitskraft des deutschen Volkes, ohne die wir nicht mehr bekommen können, Schutz gewährt wird, und nicht dem Vermögen der deutschen Millionäre. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Helfferich (Dnalk): Es ist doch eigentümlich, daß das Einkommensteuergesetz, obwohl erst ein Jahr alt, bereits mehrere Anträge hat. (Heiterkeit.) Dieser Antragsgegenstand dürfte mit der heutigen Vorlage noch nicht zu Ende sein. Lieber die Aufhebung der Steuerfreiheit für kulturelle Zwecke lassen wir nicht mit uns reden. Die Revision der Besteuerung wird zu einem Teilweisen Weg führen müssen. (Beifall bei den Soz.)

Reichsfinanzminister Dr. Winter: Ich bin auch jetzt noch bei der im Punkt der Aufhebung der Abzugsfreiheit für gemeinnützige Zwecke mit mir reden zu lassen. Aber Abzuges für politische Zwecke dürfen nicht unter allen Umständen hinweg bleiben. (Beifall links.) Wenn Herr Helfferich meint, daß durch die Besteuerung bereits die Butter vom Brot getrieben ist, so verheißt ich nicht, daß er uns die bisher nicht vollzogene Einziehung der Besteuerung zum Vorwurf macht. In einem Abbau der Besteuerung werde ich niemals meine Hand bieten. Dagegen bin ich bereit, hinsichtlich der Besteuerung der Besoldungen mit mir reden zu lassen, denn hier handelt es sich nicht um den Wohlstand von das Einkommen. Verhindert muß nur werden, daß für unsre Steuerpolitik das „zu spät“ gilt, was leider von der Politik des Abg. Helfferich gesagt werden muß. (Widerpruch rechts.) Eine Nachprüfung der Besoldungsgradfolge muß man einbringen lassen; insbesondere muß fester Individualität werden. Der Antrag, für die Wertbemessung der landwirtschaftlichen Grundstücke die Jahre 1912—1914 anstatt der Jahre 1914—1919 zugrunde zu legen, kann ich in seiner Forderung nicht zustimmen. Ein großes Steuerprogramm zu geben, wäre zur Zeit durchaus richtig. Wir müssen die Wege eröffnen, die notwendig sind, um ein weiteres Finanzlohn zu erlangen.

Abg. von Hertel (Zent.): Die Frage des Einkommensminimums wie die Verhältnisse der Einkommensgruppen besonders berücksichtigt werden. Die Zentrumspartei lehnt die Forderung irgend einer anderen Politik ab.

Abg. Herr (MSP.): Die Besteuerung stehen zum größten Teil nur auf dem Papier. Trotzdem will man sie noch abbauen. Während früher das Zentrum die Steuerpolitik Erbergers unterstützte, hat der letzte Reichsfinanzminister des Herrn Helfferich, sich gegen seine Fraktion zu wehren. Wir können daher die letzte und ärmliche Politik des Zentrums nur mit dem größten Mißtrauen verfolgen. Durch die Aktion der Bürgerlichen hat sich wie ein roter Faden der Abbau der Besteuerung und die Erhebung der indirekten Steuern. Wir werden diese mit allen Mitteln bekämpfen, da es unerträglich ist, daß die Massen verarmen und die Besitzenden noch schwerer von der Besteuerung getroffen werden. Wechselt denn in den übrigen Staaten der Welt, die zum Teil fast ebenso verschuldet sind wie Deutschland, neue Besteuerungen beschlossen und auch wirklich erhoben werden? Als Kronzeugen gegen Helfferich kann ich den deutschnationalen Professor Wilsch anführen, der den Vorschläge zustimmt, daß die deutsche Volkswirtschaft neue Besteuerungen nicht mehr erträgt, sondern ausführt, daß die Besteuerung des Reiches sich nach den letzten Reichstagen zu richten habe. Es ist unerträglich, daß indirekte Steuern beschaffen werden, bevor man die Einkommen einzieht. (Beifall bei der MSP.)

Abg. Becker (D. Sp.): Wir sind es, die die Interessen der armen Leute und der Kultur vertreten, wenn wir für die Steuerfreiheit der Aufwendungen für gemeinnützigen und kulturellen Zwecken eintreten. Die Reformen gegen die Steuerbeamten weisen wir zurück. Die bürgerlichen Parteien lassen sich nicht von Abgeordneten Helfferich, sondern von sachlichen Erwägungen leiten.

Abg. Dämmel (Kom.): Das meiste, was Herr Reil dem Entwurf angelehnt hat, ist von seinem Freunde vor einem Jahr gegen unsre Vorschläge in das Gesetz hineingekraft. Damals haben Sie unsre Vorschläge als demagogisch abgelehnt. Jetzt stellen Sie sich hin und lamentieren über ihr eigenes Werk. Es ist eine wahre Schande. Die heutige Forderung Helfferichs, das Einkommen an der Quelle reiflos zu erfassen, haben wir vor einem Jahre auch schon erhoben. Diejenigen, die an der wirtschaftlichen Verelendung unseres Volkes schuld sind, werden einst an anderer Stelle Rechenschaft ablegen müssen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Bismann (Dem.): Ohne indirekte Steuern geht es nicht. Wir können nicht an den Abbau der direkten Steuern herangehen, wenn wir die indirekten nicht verschärfen. Ich möchte für die Einführung eines ständigen Ausschusses für Steuerangelegenheiten eintreten.

Abg. Dr. Heim (Bant. Sp.): Es ist unmöglich, daß die Sozialisten bei den Wahlversammlungen bleiben. Der größte Fehler bei dem Aufbau der Steuererhebung war der, daß gleichzeitig mit dem Erlasse der zahllosen Steuererlässe auch eine Reform der Finanzverwaltung herangeführt worden ist. Der so genannte Reichsrat der Bauern besteht aus Parteiarbeit und ihre wirtschaftliche Leistung, ihr Grund und Boden, leidet unter dem Rückgang des Ertrages. Die Steuern dürfen nicht so hoch werden, daß sie die Besten zum Selbstverhaltungskampf gegen den Staat treiben.

Reichsfinanzminister Dr. Winter: Herr Dr. Heim hätte seine interessanten Ausführungen bereits im Ausschuss machen lassen. Wilsch hat er es noch nach. Seine Vorlesung, wie sie Dr. Heim geschildert hat, sind mir sonst nicht zu Ohren gekommen. Es ist mir nur, daß die Finanzverwaltung leicht vorrückt ist. Man wird beratbar nicht mehr vorkommen. (Heiterkeit.) Wenn Herr Dr. Heim seine Äußerungen machen würde, hätte er verstanden nicht sprechen können. Von einer Welfer Finanzreform kann keine Rede sein. Herr Dr. Reil hat den Reichsfinanzminister unterbreitet, die dem Ministerium anzuempfehlen sind. Die Besteuerung wird zu den Einkommen in einfachen Tauschessystem nehmen. Wir werden einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach mit den Verwaltungsbehörden aufgeräumt wird, die noch aus der Kriegszeit kommen.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen zahlreiche persönliche Bemerkungen. Dann verläßt sich das Haus auf Montag 1 Uhr; Fortsetzung der Debatte über die Beziehungen zu Sowjet-Rußland, Austra-Etat. Schluß 1/7 Uhr.

Von Nah und Fern.

Granatenexplosion.

Weisenburg, 21. Januar. Heute nachmittags ereignete sich in dem benachbarten Zwerdorf bei der Gesellschaft zur Verwertung von Hochergut eine Explosion beim Ausbrennen von Granaten. Durch herumfliegende Granat splitter wurden mehrere Arbeiter verletzt.

Verhaftung wegen Mordverdacht.

Berlin, 21. Januar. (T.M.) Unter dem Verdacht, den indischen Studenten Schiadel Singh, der in seinem Schlafsaal ermordet wurde, ermordet zu haben, ist am Sonntag der Chauffeur Max Arnold in Pichtenhera verhaftet worden. Mit ihm ist auch ein in der gleichen Wohnung hausender Freund, der Schloffer Karwin, unter der Beschuldigung der Beihilfe an dem Verbrechen festgenommen worden. Arnold war der Geliebte der Frau Singh, die das Verbrechen abgelegt hat, daß sie davon unterrichtet war, daß Arnold ihr zu Liebe ihren Mann umbringen wollte.

Explosion einer angeschwemmten Mine.

Westerland, 22. Januar. Gestern nachmittags explodierte am Weilerander Strand eine von dem heiligen Nordweilertum losgerollte und hier angeriebene Mine. Der Sachschaden ist sehr erheblich; etwa 100 Fensterstücken wurden durch den Luftdruck zertrümmert. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Geistesuntes Unterseeboot.

London, 22. Januar. Die Admiralität gibt bekannt, daß das Unterseeboot H 5 am 20. ds. Ms. mit der gesamten Besatzung, unbeschadet des Mann, hundert Meilen westlich Landsend untergegangen ist.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil:

Heinrich Heine in Leipzig.
Verantwortlich für den literarischen Teil:
Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Januar.

Parlamentsangelegenheiten.

Stadtvorordnete NSD. und Hauptvorstand Groß-Leipzig Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, gemeinschaftliche Sitzung im Volkshaus, Bismarcksaal.

Gunitionsangelegenheiten. Mittwochabend 7/8 Uhr wichtige Sitzung bei Band. Erscheinen muß jeder.

Thonberg-Stütterij. Dienstag, den 25. Januar, abends 7/8 Uhr, Frauendiskussionsabend im Restaurant Stadt Hof, Cafe Defert- und Stötterijer Straße. Thema über Frauenkrankheiten und Gesundheitspflege. Gäste willkommen.

Nordbezirk. Die Sitzung findet nicht Dienstag, sondern Mittwoch, den 26. Januar, abends 7 Uhr, im Ridau-Ausgang statt. Der Bezirksvertreter.

Octaverein L. Gutrich. Heute abend 7/8 Uhr Frauendiskussionsabend im Feldschützenhaus, Schönefelder Straße. Vortrag der Genossin Anna Kühn.

Beamte! Heute abend 7 Uhr öffentliche Beamtenversammlung im Volkshaus, Gesellschaftssaal. Genosse H. Müller spricht über die Beamten und den Sozialismus.

Achtung, Gewerkschaften! Versammlungsankündigungen für den Leipziger Betriebsrat Nr. 12 müssen spätestens bis Mittwoch, den 26. Januar, beim Kartell eingereicht sein. Gewerkschaftskartell Leipzig.

Behörden und Wohnungsnot.

Einer gemeinnützigen Bauvereinigung stehen, wie man uns schreibt, seit August des Jahres 1920 2/3 der Mittel zum Bau von 24 Kleinwohnungen als Arbeitgeberbeitrag zur Verfügung. Seit September sind auch von den städtischen Körperschaften die Staats- und Stadtkasse bereitgestellt. Seit dieser Zeit haben Verhandlungen darüber stattgefunden, wie es möglich ist, der Stadt, bezw. der Allgemeinheit ein Vorkaufsrecht zu bestellen. Lezten Endes kamen — man vergegenwärtige sich — drei Vorkaufserrechte zustande. Man glaubte, bei den Behörden angelehnt der Wohnungsnot sich soweit durchgesetzt zu haben, um nach Kauf des Baulandes und Aufstufung des Grundstückes mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Der Vorbesitzer des Baulandes hatte beim Kauf des Grundstückes verlangt, daß ihm die Bauarbeiten übertragen würden. Weil es nach Ansicht der Bauvereinigung und der Stadt nicht angängig erschien, ihm die Arbeiten zu übertragen, verfuhr er der Fortführung der Arbeiten Schwierigkeiten zu bereiten, indem er die Eintragung in das Grundbuch verzögerte.

War anzunehmen, daß die Stadt kein Mittel unversucht lassen würde, um den Saboteur zu zwingen, seinen Verpflichtungen nachzukommen und damit die Fortführung der Arbeiten zu gewährleisten, so hatte man sich arg getäuscht. Einen geradezu kindlich-bureaukratischen Sinn legte die Stadtverordnetenversammlung der Vorstand der Abteilung Grundbesitzsteuer an den Tag. Dieser Herr glaubte es vorantworten zu können, daß die Eintragung unterbleiben müsse, und damit die begonnenen Arbeiten eingestellt werden sollten, weil von dem Verkäufer eine schriftliche Erklärung verweigert wurde, die besagte, daß neben der benannten Kaufsumme keine anderen Nebenabkommen getroffen seien. Diese Erklärung, die von der gemeinnützigen Bauvereinigung abgegeben war, ist nach dem Gesetz nicht notwendig, wenn an der Veräußerung ein gemeinnütziges Unternehmen beteiligt ist. Durch Vorlegung der Aussagen, Eintragung in das Genossenschaftsregister usw. war dieser Herr nicht zu überzeugen, daß die Genossenschaft ein gemeinnütziges Unternehmen sei. Ja, selbst durch das schriftliche Anerkenntnis der Gemeinnützigkeit der Bauvereinigung durch das Wohnungsamt unsrer Stadt war dieser Herr nicht über seinen Bureaukratenhorizont hinwegzubringen.

Wenn man so wenig Verständnis findet bei Behörden, denen die Volkswohlfahrt übertragen ist, so ist es wahrhaft kein Wunder, wenn die Wohnungsnot ständig größer wird.

Mieterverband Groß-Leipzig.

Im Gasthof Neureudnitz tagte am Freitag, dem 21. Januar, eine starkbesuchte Versammlung der Mieter aus der Baukolonie an der Hofer Straße. Man hat hier die Mieterschaft enorm gesteigert und dadurch unter der Mieterschaft eine gereizte Stimmung erzeugt. Erbittert ist man über den Verhalten einer Häusertolonie. Herrn Grafe, der die von den Mietern gewählte Kommission durch scharfe Abweisung heiligt hat. Dieser Herr Grafe glaubt mit den Mietern nach Belieben umspringen zu können. Die ganze Angelegenheit hat bereits einen 1. Akt vor dem Mieterngungsausschuss Leipzig-Stadt gehabt. Die Zustände, die auf diesem sogenannten Mieterngungsausschuss herrschen, spotten jeder Beschreibung. Dieses Mieterngungsausschuss scheint gänzlich vergessen zu haben, daß es zum Schutz der Mieter und nicht zum Schutz der Hausbesitzer zu fungieren hat. Das Bürgerliche Gesetzbuch in den §§ 530, 540, 547, 548, 551 muß dort gänzlich unbeachtet sein, ebenso der § 155 aus der Verfassung des neuen Deutschen Reiches. Die besagten Werte Schutzlosigkeit der Mieterschaft Leipzigs hat der „Leipziger Mieterverband“ verhandelt, der keine totale Unfähigkeit, den Mieterngungsausschuss nachträglich wahrzunehmen, mehr wie einmal erwiesen hat. Deshalb ist es auch zur Gründung des Mieterverbandes Groß-Leipzig gekommen. Dieser Mieterverband hat jetzt bereits 5000 Mitglieder und täglich strömen ihm in großer Zahl neue entschlossene Kämpfer für eine Umgestaltung des Mietrechts auf der Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu. Auch aus dieser großen Mieterversammlung Klang einstimmig der Ruf nach Abschaffung des Hausbesitzer- und Mietervertragsverhältnisses an die Öffentlichkeit. Bei der Unschlüssigkeit der Mieterschaft der Meyerischen Häuser — mit den Kautzschern solidarisch erklärten sich die andern Kolonien in Rudwisch, Klein-Ashauer, Lindenau — steht zu erwarten, daß bei weiterer Weigerung des Herrn Grafe, die Kommission der Mieter anzuerkennen, die Welle der Empörung noch höher gehen werden. Die Stadtverordneten sollten einmal nach dem Rechten sehen, denn der Mieterschaft wird die Verlegung der Stüttsurkunde ohne triftigen Grund verweigert.

Der Mieterverband Groß-Leipzig hat seit kurzer Zeit Auskunftsstellen errichtet in Stötterij, Mitteldeutscher Hof, Friedrichstraße 15, geöffnet Dienstags und Freitags von 6—8 Uhr abends, und in Döhl, Hotel zur Post, gegenüber dem Bahnhof Döhl, geöffnet Dienstags und Donnerstags von 6—7/8 Uhr abends. In Döhl können sich auch die Mitglieder aus Gahschwitz und Amentau Auskünfte holen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Gauß, Döhlstraße Nr. 5. In Döhl, Connewitz, Probsthaida, Selterhau-Döhl usw. ist die Eintragung von Auskunftsstellen in Vorbereitung.

Au dem Bericht über die öffentliche Versammlung des Mieterverbandes Groß-Leipzig vom Mittwoch, dem 19. Januar, wird uns vom Vorstand des alten Mietervereins geschrieben: Der Leipziger Mieterverband hat unter seinen Vorstandsmitgliedern weder einen Baurat noch einen Hausbesitzer. Er hat nie die Volkswohlfahrt von Grund und Boden abgelehnt. Er ist keine bürgerliche Organisation, sondern eine unpolitische Organisation aller Mieterkreise, deren Interessen er gegenüber

den Hausbesitzern ohne Rücksicht auf die politische Stellung des einzelnen Mieters vertritt. Der angebliche „Kassendefekt“ beruht darauf, daß der Kassierer, dem grundsätzlich vom Vorstand Erstattung seiner Auslagen und eine Vergütung zugesichert war, vor der endgültigen Beschlussfassung die genannte Summe der Kasse entnahm. Der Vorstand hat danach unter Mitwirkung und Zustimmung des in dem Bericht erwähnten Referenten die Vergütung des Kassierers festgesetzt, und damit war der Defekt beseitigt. Die Kasse hat also keinerlei Schaden erlitten.

Daß in „allen Vereinsangelegenheiten eine grenzenlose Unordnung“ geherrscht habe, ist unwahr. Infolge des außerordentlich starken Zustroms von neuen Mitgliedern und der täglich sich stark mehrenden Anfragen und Bitten um Rechtsauskünfte konnte der Verwaltungsapparat vorübergehend den Anforderungen an ihn nicht genügen, da er nur auf einen kleineren Verein eingestellt war. So schnell, als die schwierigen Zeitverhältnisse es gestatteten, wurde Änderung getroffen: ein Geschäftsraum gemietet, ein Geschäftsführer angestellt, die Neuorganisation des Vorstandes und die zeitgemäße Umgestaltung der Satzung in Angriff genommen.

Die unberichtigten Angriffe des betr. Referenten sind tief zu beklagen, da sie geeignet sind, die dringend nötige Einheitsfront der Leipziger Mieterschaft zu stören.

Der Vorstand des Leipziger Mietervereins.

Jugendweihen.

Das Arbeiterbildungsinstitut wird für alle die Kinder, die am Konfirmationsunterricht nicht teilnehmen, auch in diesem Jahre wieder Jugendweihen veranstalten. Es soll versucht werden, jede Zerpfitterung zu vermeiden, alle Freienderorganisationen zusammenzufassen und in einer großangelegten, gemeinsamen Feier in der würdevollen Form die jungen Menschen in die Gemeinschaft der Erwachsenen aufzunehmen. Dieser Gedanke einer zentralen Feier ist um so mehr zu begrüßen, als er ermöglicht, daß erstklassige künstlerische Kräfte an der Feier mitwirken können.

Die Eltern, die in diesem Jahre ihre Kinder an der Jugendweihe des Arbeiterbildungsinstituts teilnehmen lassen, haben also die Gewissheit, daß der ethische Gehalt, die sittliche Kraft der Ideen des Freienderentums in einer künstlerischen Form dargestellt werden, die in ihrer Wirkung den Eindruck kirchlicher Feiern weit übersteigen wird.

Anmeldungen werden schon jetzt vom Arbeiterbildungsinstitut, Braustr. 17, und von allen auf dem Boden der weltlichen Schule stehenden Elternräten entgegengenommen. Arbeiterkinder, nehmend eine Kinder aus dem Konfirmationsunterricht heraus und führt sie den Jugendweihen des Arbeiterbildungsinstituts zu!

Der Bürgerausschuss auf dem Gimpelsang.

Für Sonntag waren die Groß- und Kleinhändler der Markthalle zu einer Protestvorlesung gegen die geplante hundertprozentige Erhöhung der Mieten für die Verkaufsstände in der Markthalle eingeladen. Ein Herr Dr. M a m r o t h, Syndikus der Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe, begründete eine Resolution, in der es heißt, die beabsichtigte Mietsteigerung bedeute für viele Inhaber von Markthallenständen den Untergang, so daß sie schließlich der öffentlichen Fürsorge anheimzufallen würden. Statt der verlangten 100 Prozent sind die Händler mit einer Steigerung von 25 Prozent einverstanden.

Bei dieser Gelegenheit entpuppte sich der Herr Syndikus als ein ganz gewöhnlicher Agent des Leipziger Bürgerausschusses, der von seinen Auftraggebern auf den Gimpelsang geschickt worden war. Der Mann hatte die Dreistigkeit, den Händlern eine Besetzung zu versprechen, wenn sie bei der nächsten Stadtverordnetenwahl nicht rot wählen, denn die Roten seien an allem schuld. Der neunmalwehse Doktor empfahl dann die Kandidaten des Bürgerausschusses. Er wußte auch, was sonst kein Mensch in Leipzig weiß, daß nämlich die Wahl noch vor Ostern stattfindet, die Vorbereitungen seien schon getroffen. Der Gimpelsänger hat damit nur vertrat, daß seine Auftraggeber alle Vorbereitungen getroffen haben, was ihnen aber auch nichts nützen wird. Denn erstens finden die Wahlen nicht vor Ostern statt, wir haben also Zeit; und zweitens werden bei einer Wahl die Kandidaten des Bürgerausschusses unterliegen. Dr. Mamrot h mußte sich nach seinem verunglückten Versuch vom Stadtverordneten Genossen S e l d e r sagen lassen, daß er in aller Deffektivität unwahre Behauptungen aufgestellt hatte; aber was macht sich ein solcher bezahlter Gimpelsänger daraus, wenn er öffentlich angegallt wird.

Vom Kreisauausschuss.

Der Kreisauausschuss hielt am 22. Januar eine Sitzung ab. Als Sachmann für den Landeselektrizitätsrat wurde Bürgermeister Seehausen, zum Stellvertreter Bürgermeister Schröder-Frohburg gewählt. — Zwei Rekurse in Wasserinsachen gegen Verfügungen des Stadtrates in Rochitz wurden zurückgewiesen. — Die Ernennung von Beisitzern zu den Parteieinigungsämtern wurden nach den Vorschlägen des Landeskulturrates bis zum 30. Mai 1922, an dem das betreffende Gesetz außer Kraft tritt, gegen 3 Stimmen angenommen. Stadtverordnetenvorsitzer Seger-Leipzig und Gemeindevorsteher Hehrig-Quasitz wiesen darauf hin, daß von einer Wahl überhaupt nicht gesprochen werden könne, wenn der Kreisauausschuss nur die nach ganz einseitigen Gesichtspunkten aufgestellten Kandidaten des Landeskulturrates zu bestätigen habe. — Ein Rekurs des Herrn Dreher-Leipzig gegen Kasserhebung von Grundbesitzbesitzern wurde als unzulässig kostenpflichtig abgewiesen. — Herrn P. Taitche-V-Lindenau wurde die Genehmigung zur Aufstellung einer Kreisfahne verweigert, da das Schulamt wegen Gründung des Schulbetriebes Einpruch erhoben hatte. — Nachfrage zur Gemeindevorsteherordnung wurden für Wenig, Grimma, Leipzig und Rochitz genehmigt, der für Rochitz aber nur bedingungsweise. — Die Uebernahme einer bleibenden Verbindlichkeitserklärung von der Stadtgemeinde Regau anlässlich der Sanftnahme eines Grundstückes staatlichen Straßenlandes wurde genehmigt. — Die Verhandlung der Gemeinden im 9. und 15. Weichenzellenbezirk für Leisnau und Umachuna wurde befristet. — Zwei Nachträge zur Gemeindesteuerverordnung für Leisnau, darunter einer über Wohnungssteuer, wurden genehmigt resp. befürwortet.

Der Stadtrat in Grimma erludt um Eingreifen der Kreisauausschuss, weil die Stadtverordneten den gesetzlichen 50% igen Teuerungszuschlag für die Beamten nicht allen Beamten gleichmäßig, sondern nur gestaffelt auszahlen wollen. Es wird beschlossen, der Stadt Grimma aufzugeben, den Zuschlag in der vom Gesetz vorgeschriebenen Weise zu zahlen. — Die Satzungsänderungen des Gemeindevorsteherverbandes Leipzig rufen eine längere Debatte herpor. Da die dem Verbande angehörenden Gemeinden gewonnen sein sollen, von Einrichtungen Gebrauch zu machen, auch wenn sie sich anders billiger verfahren könnten, wurden vom Kreisauausschuss Bedenken wegen des Zwanges erhoben. Ein Gehalt des Direktors Viehweg um Ausdehnung der Schauspielerelaubnis auf das Theater in der Elsterstraße wurde genehmigt. Dagegen wurde das Gehalt des Vorraumeisters T i r s h a m a n n um Verlesung der ihm ganz allgemein für das Theater in der Elsterstraße miterteilten Schauspielerelaubnis abgelehnt. Ein weiteres Gehalt des Leiteren um Ausdehnung der Schauspielerelaubnis auf Restaurationen und die Beschäftigung von 2 bis 3 Berufsschauspielern bei den sonntäglichen Matinees im Theater der Elsterstraße wurde bedingungsweise genehmigt.

Die Beratung eines Nachtrags zur Satzung des Arbeiterverbandes des sächsischen Gemeinwesen wurde abgelehnt. Der Nachtrag soll die Vertretung der Gemeinden neu regeln. Auf je 1 Million Mark Lohnsumme soll 1 Vertreter entsandt werden können. Wenn ein Mitglied gegen eine Bestimmung des Lohn-tarifs verstoßt, soll ihm eine Strafe auferlegt werden können bis zur Höhe von 5 Prozent der Lohnsumme! S e g e r -Leipzig wünscht eine Vorlage, aus der die Wirkung der neuen Bestimmung hervorgeht, weil gegen die Geschäftsführung des Verbandes bestehende Angriffe erhoben worden sind. Es wäre angebracht, die Bestimmungen im Wortlaut zu belassen.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Zur Stadtratswahl. Den Beschlüssen der Stadtverordneten, wonach die Herren Stadtrat Dr. Merkel und Stadtbaurat Dr. Ing. Wöhling nicht auf Lebenszeit, sondern lediglich auf 12 bezw. 6 Jahre wiedergewählt worden sind, und einen Teil ihrer vor ihrem Eintritt ins Ratskollegium verbrachten Dienstzeit angerechnet erhalten haben, wurde zugestimmt. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu machen.

Kraftwagenpark. Beschlüssen wurde, in dem zu diesem Zwecke angekauften Grundstück Dessauer Straße 19 einen städtischen Kraftwagenpark einzurichten und die für seine Einrichtung und Unterhaltung erforderlichen Mittel zu bewilligen. Der Park, dem nach und nach alle Kraftwagen der verschiedenen Verwaltungs- und Geschäftsabteilungen des Rates angegliedert werden, soll mit der Zeit die gesamte Personen- und Güterbeförderung für die städtische Verwaltung übernehmen; es steht zu hoffen, daß damit beträchtliche Ersparnisse erzielt werden. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Erhöhung des Strompreises. Zur Beschaffung eines neuen Umformers für das Unterwerk Kaufhaus, sowie zur Ergänzung der Hochspannungsanlage im Hauptwerk Süd wurden 8.050.000 Mk. bewilligt. — Damit die schon sehr hohen Anlagelkosten nicht belastet werden, beschloß man, die Erweiterungen aus Betriebsmitteln zu decken und zu diesem Zwecke den Preis für Licht- und Kraftstrom zu erhöhen, und zwar den Preis für Lichtstrom von 1.65 Mk. auf 1.85 Mk. bezw. auf 1.55 Mk. und 2.75 Mk., den Preis für Kraftstrom um 20 Pfg. auf 1.40 Mk. für die Kilowattstunde und den Tarif für die Großabnehmer um 7 1/2 Prozent. — Zum Konto Elektrizitätswert wurden 4,2 Millionen nachbewilligt. — Verkaufsermittlungsstelle für Obst und Gemüse. Man beschloß, vom Zeitpunkt der Auflösung des Großmarktes ab eine weitere Verkaufsermittlungsstelle zum Zwecke kommissionsweisen Betriebs von Gemüse und Obst zu schaffen und von dieser auch selbständige Ein- und Verkäufe mit städtischen Mitteln in solchen Fällen vorzunehmen zu lassen, wo die Preisfrage im Interesse der Bevölkerung des geboten erscheinen läßt. Diese Einrichtung ist als vorübergehende auf solange gedacht, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse sich weiter geklärt haben.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 26. Januar, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über die Verschärfung der Strafbestimmungen, zum Orts-gesetz über die Dingerabfuhr, über die Ortsbesetze wegen Unterstaltung der Hebammen, über die Rückübernahme des Rates über die Schulverhältnisse seit Ausbruch des Krieges, über die Einrichtung einer Fürsorgestelle für Gebrechliche; über Rückübernahme des Rates wegen Errichtung eines Pflegeamtes für städtisch gefährdete Frauen, über die Rückübernahme des Rates wegen Erhebung von Klagen gegen Friedrich Geper sen., über die Eingabe und ein Ratsschreiben wegen der Hilfsmaßnahmen für die Arbeiter-Rentner usw., über eine Eingabe wegen Weiterbeschäftigung der Hilfskategorie beim Rate, über Neuauflistung der Gebührenordnung für Benutzung der Verkaufsstände usw. in der Markthalle sowie des offenen Großhandelsmarktes.

Speisung von Kindern. Vom Ortsausschuss der Kinderhilfsmission wird uns geschrieben: Wir haben mit der Speisung der Kleinkinder zunächst in einem Teile der Westvorstadt begonnen. Die Unterfuchungen waren überaus gut besucht. Die Speisung der dort ausgewählten wird bereits am Montag beginnen. Wir sind nunmehr entschlossen, die Speisung der Kinder im Alter von 2—8 Jahren auch für das Ostviertel einzurichten. Eltern, welche untererährte Kinder dieses Alters haben, wollen diese Kinder nächsten Dienstag zwischen 9 1/2—11 Uhr in Kafflers Festhale, Volkmarisdorf, Elisabethstraße 13, dem Arzte vorstellen und zwar Dienstag, den 25. Januar 1921, die Kinder, deren Familiennamen mit den Buchstaben A—K beginnen, Mittwoch, den 26. Januar 1921, die Kinder, deren Familiennamen mit den Buchstaben l—Z beginnen. Als Speisebeitrag sind 1.50 Mk. für die Woche im voraus zu entrichten. Der erste Beitrag ist schon bei der Unterfuchung zu bezahlen. Die Ausdehnung der Speisung auf andere Bezirke der Stadt ist in Vorbereitung und wird an dieser Stelle bekanntgegeben werden.

Abstimmung in Obereschleben. Für die Eintragung in die Stimmlisten kommt nur noch die Zeit bis Mittwoch, den 26. Jan., in Betracht. Alle abstimmungsberechtigten Obereschlesier, die bis jetzt ihre Eintragung noch nicht bewirkt haben, müssen sich unverzüglich in der Kellergesangenen-Helmkehr am Hauptbahnhof, Querbahnsteig, Sächsische Seite, einfinden, wo Meldungen in der Zeit von 9 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends entgegen genommen werden.

Unzugemeldungen rechtzeitig bei den Kartenzellen bewirken. Es liegt im Interesse jedes Kartenberechtigten, dafür zu sorgen, daß sein Umzug außer beim Polizeiamt auch sofort bei der Kartenzelle bewirkt wird, damit bei der nächsten Kartenausgabe keine Schwierigkeiten und unnötige Wege entstehen. Da sich alle Kartenzellen jetzt Schußstraße 1 befinden, kann die Ummeldung auf einem Wege erledigt werden. Bei der Anmeldung ist die Haushaltskarte vorzulegen!

AK Eyporselbsthilfe. Unter dieser Überschrift sind lehthin von einem sächsischen angebliehen „Werke“ Anzeigen veröffentlicht worden, mittels deren Geschäftsverbindungen mit Warenherstellern gesucht werden. Die Handelskammer Leipzig kann den Firmen ihres Bezirks Auskunft über das Unternehmen erteilen.

Verein für Mutterkultur zu Leipzig. Die Teilnehmerinnen an den Mutterkursen werden zur Befichtigung der l. Krippe, Lange Straße 25, am Mittwoch, dem 26. Januar, vormittags 10 Uhr, hierdurch eingeladen.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 25. Januar.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Auf Lebensmittel für Israeliten im Gemeindeamt Löhrestraße 10, erstes Obergeschloß, 10—2 Uhr Nr. 601—800. Rogmehl. Letzter Tag — abzugeben Marken 5 R der Lebensmittelkarten Reihe R (250 Gramm). Weizengrieß. Letzter Tag — abzugeben Marken 6 R der Lebensmittelkarten Reihe R (100 Gramm). Ausgabe. Auslandschweinefleisch für Schwerkrriegsbeschädigte: nachmittags 2—5 Uhr, Leipzig-Volkmarisdorf, Speiseanstalt, Torgauer Straße. Rähmittel für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — bestellt mit M 3, N 3, Z 3 der Lebensmittelkarten 8 1/3. Rähmittel für Schwangere: Beginn — bestellt mit SN 3 der Sonderlebensmittelkarte für Schwangere usw. Rogmehl. Letzter Tag — bestellt mit Marken 2 R der Lebensmittelkarten Reihe R (250 Gramm).

Für Händler. Butter: Bezugskartenablieferung. Runkthong: Bezugskartenabnahme Nr. 1—1000 des Berechtigungsausweises und Abgabe der Bezugskarten beim Großhändler.

Polizeinachrichten.

Verbrechen oder Unglücksfall! Auf Grund der unter der gleichen Überschrift erschienenen Notiz, betreffend den Tod des Proturisten der Rößbergischen Buchhandlung, Max Reichardt, meldete sich am Sonnabend, den 22. Januar, früh, ein Zeuge, der folgende Angaben machte: Er habe am Donnerstag, den 20. Januar, wenige Minuten nach 8 Uhr vormittags, als er die verlängerte Nikolaistraße an

der Ede der Geographen überstreift, gesehen, wie in der Nähe der verlängerten Mittellinie ein einwärtiges Gebirge plötzlich ansteht, um einen älteren Herrn, der vom Hauptbahnhof herkam und offenbar aus Unachtsamkeit unmittelbar vor dem Kopfe des Wiederbes den Fahrweg kreuzen wollte, vor dem Leberfahren werden zu lächeln. Der Gebirgsführer habe sein Fuhrwerk auf der Stelle zum Halten gebracht und sein Pferd laut zurückgerufen. Die Gabelweidchen des Fuhrwerks sei durch das laute Geräusch während der Fahrt schräg nach oben gerichtet gewesen und es habe den Eindruck erweckt, als ob der ältere Herr von der einen Gabelweidchen am Kopfe getroffen worden sei. Dieser Herr sei anscheinend außerordentlich heftig gewesen und das gleiche Schicksal bei dem Aufsteigen der Ball gewesen zu sein, denn eine Wortwechsel zwischen dem älteren Herrn und dem Küstler habe er nicht gehört. Das Vorkommen sei das Werk einiger Sekunden gewesen und es hätte zunächst den Anschein gehabt, als ob dem älteren Herrn ein Schaden nicht zugefügt worden sei. Erst als das Fuhrwerk, das aus der Richtung der Höhe gekommen sei, schon seine Fahrt in der Richtung nach dem Kroatiaplatz fortgesetzt habe, hätte der ältere Herr angefangen zu taumeln und sich schließlich, anscheinend völlig erschöpft, auf der Bordtante an der Ecke der verlängerten Mittellinie und des Georginplatzes niedergelegt und sich an den dort befindlichen Lichtmast angelehnt.

Der Zeuge konnte seinen Weg, um seinen Zug zu erreichen, nicht unterbrechen und sich demzufolge um den anscheinend Verletzten weiterhin nicht kümmern. In dem Wägen und in der Nähe des Kroatiaplatzes erkannte der Zeuge sofort mit Bestimmtheit den in Frage kommenden älteren Herrn wieder. Ob der gefährdete Verfall noch von anderen Personen in ähnlicher Weise bemerkt worden ist, konnte der Zeuge nicht angeben. Es haben sich aber inzwischen noch andere Zeugen gemeldet, die wenige Minuten später den Kroatiaplatz an dem Lichtmast stehend, aufgefunden, eine Wunde am Hinterkopf bemerkt und ihn zu einer Bank im Inneren der Gartenanlagen geführt haben. Nach Angaben derjenigen Personen, die sich dem Reichardt angezogen haben, hat dieser nicht mehr sprechen können. Inzwischen ist ein Schuttmann hinzugekommen und das Weite hat sich in der in der ersten Zeugniskategorie bereits geschilderten Weise abgespielt. Der Zeuge erwähnte Zeuge behauptet das Gebirge als einen leichten Tafelwagen mit mehrerem Kutsch und Gabelweidchen. Firmenbezeichnung und Farbe des Wagens können nicht angegeben werden, das Pferd soll mittelgroß und leichtes Schlanges gewesen sein, und der Zeuge vermutet, daß es ein „Buchs“ oder ein „Brauner“ gewesen ist. Der Gebirgsführer kann näher nicht beschrieben werden. Alle Personen, die zu dem vorstehend Geschilderten irgendwelche Angaben machen können und vor allen Dingen der Gebirgsführer selbst, dem offenbar eine Schuld nicht beizumessen ist, werden gebeten, sich sofort bei der Kriminalabteilung, Zimmer 108, oder bei der nächsten Polizeikommission zu melden. Dasselbe gilt für diejenigen, die über den Verbleib des Verstorbenen in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag, dem 20. Januar, von früh 3 Uhr ab Angaben machen können.

Der Eisenbahndiebstahl in der Lokstift. Unter dieser oder einer ähnlichen Überschrift haben verschiedene Leipziger Zeitungen über einen Vorfall berichtet, der die hiesige Kriminalpolizei schon seit einiger Zeit beschäftigt. Diese Sammelberichte enthalten in verschiedenen wesentlichen Punkten Unrichtigkeiten. Aus naheliegenden Gründen vermag das Polizeiamt eine Richtigstellung nicht zu geben, und es hat von vornherein davon absehen müssen, über diesen Fall überhaupt zu berichten. Das Polizeiamt bedauert diese Veröffentlichungen umso mehr, als es erst am Tage zuvor in einer ersten Mitteilung die Freie abgehaltenen Vernehmung allgemein und ohne Erwähnung des obigen Vorfalles ausführlich dargelegt hatte, welches gewiswärtige Interesse daran besteht, bestimmte kriminelle Vorwürfe erst nach einer gewissen Zeit und unter Umständen überhaupt nicht der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der Schaden, der durch derartige lediglich dem Sensationsbedürfnis eines Teiles des Publikums dienende, ohne Vorwissen des Polizeiamtes erfolgende Publikationen der allgemeinen Sicherheit nur allzu leicht zugefügt werden kann, ist unabsehbar.

Aus der Umgebung.

Wo bleibt die Hilfe der Behörde?

Die Erwerbslosensicherung auf dem flachen Lande ist besonders reformbedürftig. Geradezu unhaltbar und den Bestimmungen der Reichsordnung über Erwerbslosensicherung zuwider, sind die Verhältnisse in der Gemeinde Kötzschau. Dort erhalten Erwerbslose nur den Anteil der Reichs- und Staatsunterstützungen. Auf den Anteil der Gemeinde wird verzichtet. (1) Auf dem Empfangsformular wird aber über die volle Summe quittiert.

Begründet wird dies damit, daß einige Erwerbslose von der Gemeinde keine Unterstützung beziehen wollen. Die Reichs- und Staatsunterstützung sei für sie hinreichend.

Sonderbar diese Begründung jener Erwerbslosen ist, so steht andererseits die Tatsache fest, daß ein großer Teil durch den „Teufel“ vertrieben in die ärgerliche Straße gerät. Um so mehr, als die Unterstützung nach Ortsklasse E gezahlt und mitunter sehr lange auf sich warten läßt.

Zugegeben muß werden, daß die finanzielle Lage der Gemeinde K. nicht glänzend ist. 21 000 Mk. Darlehen sind aufgenommen worden für Unterhaltungen der Kriegerfamilien. Die anhaltende hohe Zahl — zur Zeit 49 — der Erwerbslosen trifft die Gemeinde besonders hart. Aber die Unschuldigen an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch noch außerdem zu bestrafen, zeigt wenig soziales Verständnis.

Ist die Gemeinde finanziell nicht leistungsfähig — und das ohne ohne Zweifel anzunehmen —, so steht ihr die in § 4, Abs. 1 angeordnete Reichsbefehle zu.

Wühlig-Chrenberg. Eine Bekanntmachung des Kirchenvorstandes kann den Anschein erwecken, daß die Mehrheit der hiesigen Lehrerschaft Gegnerin der weltlichen Schule wäre. Zur Aufklärung geben die Unterzeichneten folgendes bekannt:

Sie vertreten die weltliche Schule nicht nur als Forderung ihrer Organisation, sondern auch aus innerer Überzeugung. Sie sehen in dem Unterricht in Lebenskunde einen Fortschritt gegenüber dem Religionsunterricht, der in Stoff und Form nicht interdüntlich sein kann. „Alles, was ihr wollt, das auch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch.“ Dieser Spruch der Bibel ist der Leitpruch jeder sittlichen Weltanschauung, der christlichen Religion, auch des lebenskundigen Unterrichts! Eine große Zahl wertvoller biblischer Stoffe wird auch in der Lebenskunde behandelt: Der barmherzige Samariter; die Gebote; die Weisheitsgeschichten usw. usw. usw.

Außerdem steht es jedem frei, seinen Kindern außerhalb des planmäßigen Unterrichts einen konfessionell-dogmatischen evangelisch-lutherischen Religionsunterricht unter Mitwirkung der Kirche erteilen zu lassen, wenn ihm der Unterricht der Schule ungenügend erscheint.

Etern! Ehe ihr eure Unterschrift zurückzieht, besucht die nächsten Dienstag stattfindende Elternversammlung!

Wer schwankend geworden ist, hole sich nochmals Aufklärung bei den Unterzeichneten!

Wöhlig, Chrenberg, Gröger I., Gröger II., Härtel, Hentschel, Hüttl, Jurik, Karte, Rede, Pinther, Rudolph, Tünger, Pleger.

Zwenkau. Vom 15. des Monats Januar 1921 248 männliche und 60 weibliche Personen. Dapont entfallen auf die Stadt Zwenkau 59 männliche und 13 weibliche Personen.

Martrandt. Diejenigen Militärentenempfänger und empfangenen die bis zu 600 Mk. monatliches Gesamteinkommen haben bei der hiesigen Kriegerführerschaft, Weiskowen, Anträge auf Brenntoffbeihilfen entgegennehmen.

Sächsische Angelegenheiten.

Der sächsische Kohlenmarkt.

Offiziell wird über die Lage auf dem sächsischen Kohlenmarkt berichtet:

Die Lage im sächsischen Steinkohlenbergbau im Dezember ist charakterisiert durch den Streik, der neun Tage andauerte und einen Förderausfall von rund 137 000 Tonnen, d. i. rund ein Drittel der künftigen durchschnittlichen Monatsförderung, verursachte. Durch

diesen ganz erheblichen Ausfall geriet der Absatz an die Verbraucher vollständig ins Stoden. Nach Beendigung des Streiks durch den unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums gestellten Schiedsgericht vom 18. Dezember 1920 setzte die Förderung erst schwächer, sodann steigend wieder ein, so daß zunächst nur die hauptsächlich lebenswichtigen Betriebe — Staatsbahn, Elektrizitäts- und Wasserwerke usw. — mit Kohlen versorgt werden konnten. Die Lage der allgemeinen Verbrauchertriebe hat sich infolgedessen auch nach Wiederaufnahme der Förderung infolge nicht gehessert, als die geringen Vorräte der Gruben durch die Belieferung der lebenswichtigen Betriebe vollständig aufgebraucht sind.

Der Bahnrückstand einschließlich Landabfuhr der sächsischen Steinkohlenwerke im Monat Dezember betrug 188 136 Tonnen; hiervon entkamen 18 122 Tonnen den Werken des planischen Grubens. Die Wagenfeststellung war im allgemeinen ausreichend.

Beratung über die Notlage der sächsischen Erwerbslosen im Reichsministerium.

Berlin, 22. Januar. Die bereits seit einiger Zeit in Aussicht genommene Vernehmung von Vertretern der sächsischen Regierung, der Stadt Plauen und der Amtshauptmannschaften Plauen und Auerbach mit dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister über Fragen der Erwerbslosensicherung und der Arbeitsbeschaffung hat am 22. Januar im Reichsgebäude stattgefunden. Im Verlauf der mehrstündigen Aussprache bei der die sächsischen Vertreter die besondere Notlage des Vogtlandes eingehend schilderten, sagte der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister zu, sich beim Reichsamt für eine Erhöhung der jetzt geltenden Unterstützungssätze für Erwerbslose auf Grund von § 9, Absatz 6 der Reichsordnung über Erwerbslosensicherung einzusetzen. Das Reichsamt wird sich nunmehr über die Bewilligung der Mittel schlichtig zu machen haben.

Von anderer Seite wird über den Verlauf der Sitzung noch gemeldet: Über den Verlauf der sehr ausgedehnten Sitzung, die zu einer lebhaften Aussprache unter allen Beteiligten führte, erfahren wir von ununterrichteter Seite folgendes: Als Hauptpunkt ist hervorzuheben, daß bezüglich der Notwendigkeit, den jetzt bestehenden Notstand in der sächsischen Industrie und der drohenden Form der Arbeitslosigkeit Abhilfe zu schaffen, völlige Einigkeit zwischen der Reichsregierung und der Regierung des sächsischen Reichstages erzielt wurde. Auf allen Seiten war das Bestreben vorhanden, Hand mit anzulegen um die jetzigen Zustände einer Besserung entgegenzuführen. Allerdings spielen bei den zu ergreifenden Maßnahmen locale Umstände mit, die berücksichtigt werden müssen, daß bei der heutigen Sitzung noch keine feste Entscheidung erfaßt werden konnte, sondern die Verhandlungen nur den Charakter einer Vorbesprechung hatten. Man will versuchen, gegebenenfalls durch Reichsaufträge und Verbesserung der Kohlenbelieferung Wandel zu schaffen. Es besteht dann die Hoffnung, einen Teil der Eisenindustrie umzustellen und anderen Dienstleistungen dienbar zu machen. Auch der Antrag der Stadt Plauen, die zur Linderung der Not reisenden Millionen vom Reich zurückzuhalten, wurde einmütig erzwungen. Hier spielt die Finanzlage des Reiches und unsere Verpflichtungen gegenüber dem Ausland leider eine erhebliche Rolle, die von Seiten des Reichsfinanzministeriums zur Sprache gebracht wurde. Völlig ist es möglich, dem Reichsarbeitsministerium einen Fonds von Reichswegen zur Verfügung zu stellen, der ausdrücklich zur Milderung besonderer Notlagen dienen soll.

Auch die Frage der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wurde berührt. Der Eindruck bei den an der Sitzung teilnehmenden Herren war im allgemeinen der, daß es bei dem, wie schon betont, allerorts vorhandenen guten Willen, möglich sein wird, die jetzigen Verhältnisse in erträglicheren Bahnen zu lenken. Ueber die einzuerschließenden Wege allerdings kann erst entschieden werden, wenn nach dieser Vorbesprechung auf Grund weiterer Verhandlungen die noch kritischen Punkte geklärt worden sind.

Diese kritischen Punkte müssen allerdings recht bald geklärt werden. Die Notlage der sächsischen Erwerbslosen ist so groß, daß sie keine langen Erörterungen verträgt.

Dresden. Der Dresdner Volksteil ist es gelungen, einen neunjährigen Mann, der falsche Fälschungen anfertigt, in den Besitz des Dresdner Tabakgroßhändlers Pettich, bei dem man gefälschte Tabakfeuerzeichen fand. Sie sind in der Nähe der sächsisch-böhmischen Grenze in einer Fabrik für gefälschte Banderolen hergestellt worden, doch sind die eigentlichen Fälscher noch nicht ermittelt worden. In den Grenzorten Neugersdorf, Weitzendorf usw. herrscht ein schamloser Handel mit falschen Banderolen, mit deren Verkauf sich auch die berüchtigten sogenannten „Geldmänner“ lebhaft beschäftigen.

Mursen. In einem hiesigen Hotel hat ein aus Leipzig zugereistes junges Lebenspaar einen Selbstmordveruch durch Erhängen und Definieren der Hauslader begangen. Beide wurden schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Während man das 17-jährige Mädchen am Leben zu erhalten hofft, ist der Zustand des 22-jährigen jungen Mannes bedenklich. Einzelheiten über die Beweggründe zu dem gemeinamen Schritt und über die Personaten des jungen Paares stehen noch nicht fest.

Gewerkschaftsbewegung.

Generalversammlung der Eisenbahner.

Die Spaltungsbestrebungen der Kommunisten finden naturgemäß in den Gewerkschaften den günstigsten Boden, die nach dem Kriege die größten Mitgliederzunahmen zu verzeichnen haben. Dort, wo schon vor dem Kriege ein hoher Prozentsatz der Arbeiterschaft eines Berufes organisiert war, wo also ein Stamm von Gewerkschaftsmitgliedern vorhanden ist, der sich der Bedeutung der Einzelkraft der Gewerkschaftsorganisation bewußt ist, dort wird das Evangelium von Mostow auf seinigen Boden fallen. Da aber, wo der größte Teil der Organisierten erst neu dem Verbands zugeführt worden ist, noch unerfahren und ungeübt den Aufgaben seiner Gewerkschaft gegenübersteht, die Widerstände des Unternehmertums nicht abzukünnen weiß, da schließt die rabiaten Propagandisten üppig in die Salme, da finden die kommunistischen Propheten den besten Boden.

Das war in der gestrigen Generalversammlung der Eisenbahner aufs deutlichste zu beobachten. Dieselbe Versammlung, die lebhaftesten Beifall spendete, als der Vorsitzende in seinem Geschäftsbericht darauf hinwies, daß in letzter Zeit immer mehr Beamte den Weg zur Organisation finden, daß also auch hier die Einigung von Hand- und Kopfarbeiter Fortschritte macht, erging sich in einer Reihe tumultuärer Ausfälle, als bei den Vorschlägen zu den Neuwahlen Kollegen vorgeschlagen wurden, die den Kommunisten nicht genehm waren und nicht auf der gedruckten Vorschlagsliste standen.

Die letztere war am 11. Januar von einer unter kommunistischem Einfluß stehenden Funktionärsgeneration aufgestellt worden. Einen Einspruch gegen diese Diktatur wollten die Kommunisten auch in der Generalversammlung nicht dulden. „Ihr habt uns in der Funktionärsgeneration niedergebrikt und versucht es hier auch wieder“, rief ihnen ein Kollege zu, als sie einen Redner, der ihnen unbedeutende Wahrheiten sagte, durch großen Tumult und minutenlanges Unruhe zum Schweigen brachte. Durch Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte schritt man auch den Beizeleitern von Leipzig und Halle die Möglichkeit ab, ihre Auffassung zur Darstellung zu bringen. Man küßte sich als Herr der Lage und sparte sich alle geistigen Anstöße.

Dieselben Szenen wiederholten sich bei der Beratung eines Antrags, der Hauptvorstand möge seine Stellung zu dem Offenen Briefe der kommunistischen Partei bekanntgeben. Zeichenweise verzichtete der Antragsteller darauf, den Antrag zu begründen — soweit reichliche es anscheinend noch nicht!

In der Debatte führte ein Redner als „Begründung“ an, der Gewerkschaftsbund habe beim Leipziger Metallarbeiterstreik nicht den Willen gezeigt, den 130 Metallindustriellen Paroli zu bieten! Ein anderer will durch diese Abstimmung der Gewerkschaftsbureaucratie zu erkennen geben, wie die Stimmung der Massen sei. Ein besonders klüßiger rednete es der Leipziger Kollege als große Sünde an, daß die kommunistischen Jungblüter nicht abdrückte. Gegner wurden auch hier mit „Pfeil-“ und „Naus“-Rufen niedergebrikt, als sie gegen den Antrag auftraten. Die Kommunisten konnten aber doch nicht verhindern, daß ihnen mit aller Deutlichkeit gesagt wurde, sie müßten erst noch den Beweis liefern,

daß sie imstande seien, Vereinbarungen auch zu halten. Der Antrag wurde zum Schluß mit lebhaften Bravorufen angenommen.

Demit war aber das Interesse an der Generalversammlung bei dem größten Teil der Anwesenden erschöpft. Ein sachlicher Bericht des Kollegen Wirth, der als Mitglied des Sechsecksausschusses an den schwierigen Tarifverhandlungen teilgenommen hatte, konnte nur noch vor einem knappen Viertel der Versammlung erstattet werden. Ein trauriges Zeichen für eine Gewerkschaft, deren Mitglieder ihre helle Lust am Naden haben, aber nach Hause gehen, wenn die eigentlichen Aufgaben der Organisation, die die Lebensinteressen ihrer Mitglieder betreffen, erörtert werden sollen! Werden diese Leute wohl imstande sein, künftige Kämpfe — und es werden Kämpfe kommen — mit der Zähigkeit und unbeugbaren Entschlossenheit durchzuführen, mit der bisher die Arbeiterschaft mit dem Kapitalismus gerungen hat?

Wie ernst man den Kampf gegen die verrottete Gewerkschaftsbureaucratie nahm, zeigt der Ausgang der Wahl. Die Angestellten, die Arbeitssperre, wurden wiedergewählt, obwohl sie keine Kommunisten sind, die engere Ortsverwaltung jedoch, die die Kontrolle ausübt, die besetzte man mit „außerordentlichen“ Kommunisten!

Das Wahlergebnis ist folgendes: 1. Bevollmächtigter: Endorf 648 Stimmen, 2. Bevollmächtigter: Weise 562; 1. Kasserer: Müller 733; 1. Schriftführer: M. Herzsch 372. Beihilfer: Jäger 682, Hofe 668, Seifert 608, Wogel 437, Haug 473, Blücher 416, Drewes 412, Unterbeck 387. Karteiledelegierte: K. Schmidt 418, J. Wengel 608, Seimann 602, Georgi 629, Stein 621, Spott 476.

Das Ergebnis wäre wahrscheinlich anders ausgefallen, wenn Betrieb und Verkehr vollständig an der Abstimmung hätte teilnehmen können. Da von diesen beiden Teilen aber immer nur ein bißchen dienstfrei ist, während die Werkstatt am Sonntag geschlossen erscheinen kann, so gibt die Abstimmung vielleicht doch kein richtiges Bild von der Stimmung der Eisenbahner.

Die Bekleidungsarbeiter gegen die kommunistische Taktik.

Die letzte Versammlung der Bekleidungsarbeiter, die von ungefähr 800 Personen besucht war, hat gezeigt, welche Mittel angewandt werden, um die praktische Gewerkschaftsarbeit illusorisch zu machen und die Zerstückelungsarbeit mehr und mehr zu propagieren. War man in der Versammlung am 12. Januar bei der Wahl eines Beträgers nicht zum Ziele gelangt, so gab in der 20. Januar Gelegenheit, sich an der verhassten Fiktal- und Zentralisierung ordentlich zu reiben, um durch Tumulten die Versammlung unmöglich zu machen. Die Seele der Kommunisten, Heide, der die jetzige Mitgliedschaft im Bekleidungsarbeiterverband nicht nachweisen kann und im Saale anwesend war, gab Veranlassung zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. Mit überaus großer Mehrheit beschloß die Versammlung, da diese nur für Mitglieder einberufen sei, daß Heide den Saal zu verlassen habe. Nach Abgabe einer Erklärung verließ dieser hierauf den Saal und es konnte in die Tagesordnung eingetreten werden.

Verhandlungsleiter Kollege Wietz, Berlin, behandelte die letzten Vorgänge in unermüdetem Ton. Nicht nur in Leipzig, sondern auch in anderen Städten und insbesondere in Berlin, wird ein harter Kampf geführt. Mit den berüchtigten „illegalen“ Mitteln versuchen die Kommunisten die Führung der Gewerkschaften an sich zu reiben. Im besonderen heftigste Kollege Wietz die gegenständige Stellungnahme des Kollegen Schumacher vor und nach seiner Ruhandreise. Ein Mann, der vor dem größten Scharfmachern und Gegnern der Arbeiterklasse sich derartig bloßstellt, ist ein Schandling an der gesamten Arbeiterbewegung. Des weiteren befragte der Redner noch die gewaltigen Aufgaben, die uns in der nächsten Zeit bevorstehen. Nicht Zerstückelung und Zerstückelung, sondern nur Geschlossenheit können uns vorwärts bringen.

Trotz der kraftvollen Bemühungen der kommunistischen Redner, Kollegen Nestler und Schumacher, die Ausführungen des Kollegen Wietz zu unterbrechen, gelangte folgende Entschließung mit dreiviertel Stimmenmehrheit zur Annahme:

„Die am 20. Januar im Kolonnen tagende Mitglieder-Versammlung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Fiktale Leipzig, ist der Meinung, daß die Geschlossenheit und Schloßfertigkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen erhalten werden muß. Sie lehnt infolgedessen die in den provisorischen Statuten des Internationalen Rates der Gewerkschaften festgelegten Richtlinien und die Bedeutung der im Mai d. J. stattfindenden Konferenz mit aller Entschiedenheit ab. Die Versammlung stellt sich auf den Boden der Londoner Beschlüsse und verpflichtet sich, durch den entscheidenden Kampfsatz der Gewerkschaften die Entwidlung mit aller ihr zu Gebote stehenden Energie vorwärts zu treiben, um den Kapitalismus niederzurufen und den Sozialismus zu verwirklichen.“

Sie spricht dem russischen Proletariat ihre vollste Sympathie aus, erwartet jedoch, daß sich die russischen Genossen mit uns gemeinsam in der bestehenden Gewerkschafts-Internationalen zusammenfinden und von ihrem Plane, Schaffung einer dritten Gewerkschafts-Internationalen Abstand nehmen, um so erfolgreich Arbeit im Interesse des Proletariats der Welt zu leisten, damit auf diesem Wege die Befreiung der Arbeiterklasse schleunigst herbeigeführt wird.

Die Versammlung verurteilt die kommunistische Zeilenbildung innerhalb des Verbandes und deren organisationsverfehlende Tätigkeit auf das entschiedenste. Geht man von der Erkenntnis, daß nur die Einigkeit und Geschlossenheit unzerstörten Verbandes eine erfolgreiche Tätigkeit gegenüber dem einigen Unternehmertum verleiht ist, stellen sich die Versammelten hinter die Beschlüsse des Beirates und geloben, die Leitung des Verbandes gegen die organisationsverfehlende Tätigkeit zu unterstützen.

Die Kommunisten machten alle Anstrengungen, das Wahlergebnis zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Sie schrieben selbst vor den schäbigsten Mitteln nicht zurück, indem sie der Wahlkommission die eingammelten Stimmzettel entziehen und zu Boden warfen, um so die Wahl illusorisch zu machen. Ein Kommunistenmitglied (Kommunist) benutzte diesen Vertrauensposten selbst dazu, um sich die Stimmzettel aus der Hand schlagen zu lassen. Da es bei der jetzigen Taktik der Kommunisten nicht möglich ist, eine ordnungsgemäße Wahl in der Versammlung zustande zu bringen, wurde beschlossen, eine Urwahl zu veranstalten.

Der Verlauf der Versammlung hat ganz besonders unseren weiblichen Mitgliedern, die in großer Zahl erschienen waren, gezeigt, daß den kommunistischen Zerstückelungsversuchen mit Erfolg entgegengetreten werden kann, wenn auch diese ihre Rechte als Mitglieder wahren und sich nicht von den Schreibern als minderen Recht behandeln lassen. Wir hoffen, daß sie immer auf dem Posten sein werden.

Deutscher Bekleidungs-Arbeiter-Verband, Fiktale Leipzig.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Operetten-Theater. Sonntag, 30. Januar, nachm. 7/8 Uhr: Eine Nacht in Venedig. Operette in 3 Akten von F. Zell und G. Röbbel. Musik von J. Strauß.

Leipziger Schauspielhaus. Sonntag, 30. Januar, vormittags 11 Uhr: Aschenbrödel. Weihnachtsmärchen in 6 Bildern von G. A. Körner.

Neues Theater. Montag, 31. Januar, abends 7/8 Uhr: Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg. Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Doppelplätze 16.— Mk., einfache Plätze 8.— Mk., III. Rang (Mitte) 3.50 Mk., III. Rang (Seite) 2.— Mk.

Altes Theater. Montag, 7. Februar, und Dienstag, 15. Februar, abends 7 Uhr: Phantasmie. Lustspiel in 3 Akten von Bernard Shaw. Deutsches von Siegfried Trebitsch. Doppelplätze 8.— Mk., einfache Plätze 4.— Mk., III. Rang 60 Pf. Karten sind nur bei den Gewerkschaften und Ortsvereinen zu haben. Die Theaterkommission.

Letzte Nachrichten.

Schweres Grabenunglück in Delsnitz.

In den Kohlenwerken in Delsnitz ereignete sich heute früh ein schweres Grabenunglück durch eine Schlagwetterexplosion, bei dem eine große Anzahl Arbeiter verunglückt sind. Bis zum Mittag waren 28 Tote gestorben.

Proletarische Tribüne.

I.

Das Theater ist trotz der Revolution heute noch im wesentlichen eine Stätte für die Besitzenden, die über genügend Mittel zum Besuch des Theaters verfügen und deren Bedürfnissen der Spielplan entspricht. Die proletarischen Theaterbesucher müssen sich entweder mit der gebotenen Kost begnügen, oder aber sie benutzen ihre Kraft als Konsumenten, als organisierte Konsumenten, um den Spielplan nach ihren Wünschen zu formen. Der Einzelne kann sich nur den gegebenen Verhältnissen fügen oder auf den Theaterbesuch verzichten, verbunden mit Gleichgesinnten kann er bestehende Zustände umgestalten helfen.

Das Arbeiterbildungsinstitut, das, seinem Vorkämpfer, dem Arbeiterverein, folgend, seit seinem Bestehen besondere Arbeiterdarstellungen gibt, hat ebenso wie dieser oft recht schmerzhaft empfunden, an den jeweiligen Spielplan der Theater gebunden zu sein. Einen bestimmenden Einfluß in der Auswahl der aufzuführenden Stücke hatte weder das Arbeiterbildungsinstitut noch der Arbeiterverein, wenn auch beide bemüht waren, aus dem Vorhandenen das Beste herauszuwählen. Wobei von dem Operntentisch hier abgesehen werden soll. Aber trotz des guten Willens blieb das Arbeiterbildungsinstitut gebunden an die gegebenen Verhältnisse.

Jetzt ist nun ein entscheidender Schritt vorwärts getan worden — verhehlen wir uns das nicht — schon lange hätte getan werden sollen, schon im Jahre 1919. Wie auf so manchem andern, ist auch auf dem Gebiete der proletarischen Kunstpflege im ersten Revolutionsjahre viel veräumt worden. Im wesentlichen wohl eine Folge der allgemeinen Zerrüttung, die der Krieg mit sich brachte. Nunmehr aber wird von zwei Seiten das gleiche Ziel zu erreichen versucht: vom Arbeiterbildungsinstitut und von der Proletarischen Tribüne. Wenn die Priorität gebührt, mag hier unerörtert bleiben; die Hauptsache ist, daß das Ziel erreicht wird: eine Stätte zu schaffen, auf der die Kunst sich frei von den Interessen der Besitzenden bewegen und entfalten kann.

Das Arbeiterbildungsinstitut hat in der Sonnabendnummer der Leipziger Volkszeitung einen seit Monaten bearbeiteten Plan veröffentlicht. Anrechtstarke einzuführen und damit einen festen Kreis von Theaterbesuchern zu sammeln, der dem Arbeiterbildungsinstitut die Möglichkeit gibt, seinen Theaterplan unabhängig vom jeweiligen Repertoire der Leipziger Bühnen nach den Wünschen und Bedürfnissen der Anrechtstarkeninhaber, im Sinne proletarischer Kunstpflege, zu gestalten. Das gleiche Ziel verfolgt die Proletarische Tribüne, die ebenfalls eine feste Gemeinschaft proletarischer Theaterbesucher zusammenschließen und mit besonders ausgewählten Darstellern Werke proletarischer Dichter aufzuführen will.

Die Proletarische Tribüne hat am Sonntag den ersten Schritt ins Leben getan; nicht auf dem Wege der vorbereitenden Organisation, sondern mit einem Wagnis in die unmittelbare Öffentlichkeit, durch die Aufführung eines Stücks von Karl Walden. Der Besessene, im Schauspielhaus. Die Organisation der neuen Theatergemeinde soll am Sonntag, dem 30. Januar, im Volkshaus erfolgen.

Vor Beginn der Aufführung sagte Karl Walden (Karl Friedrich Müller) den Erschienenen den Zweck der Proletarischen Tribüne in einer Eröffnungsgesprache auseinander, die wir um ihrer Bedeutung willen, die sie für die proletarischen Kunstbestrebungen hat, im Wortlaut wiedergeben:

„Mit kurzen Worten will ich anführen, was unser Vorhaben ist.

Mit diesem Unternehmen ist keinerlei Absicht nach Gewinn nach bürgerlich-kapitalistischem Muster verbunden. An der Proletarischen Tribüne kann es nur geben eine in ganz bestimmter Höhe festzusetzende Bezahlung für alle Leistungen, die für die Tribüne notwendig sind. Mögen sie künstlerischer oder handwerklicher Natur sein. Und aller Ueberfluß soll dazu dienen, die Tribüne auszubauen, den Rahmen zu vergrößern, um auch großen künstlerischen Anforderungen gerecht zu werden. Und alle Arbeit, künstlerisch wie technisch — sowie die Leitung, soll kollektiv, im innigsten Kontakt mit dem Publikum, den Arbeitern, im regsten Verkehr mit ihnen und geistigen Austausch, Mitarbeiter nehmen wir, wie wir sie finden und wie wir sie bereits gefunden haben. Wenn sie nur mit uns fühlen, den christlichen Willen haben, mit uns zu schaffen und die Fröhlichkeit, es zu können. Erste Kräfte hiesiger Theater haben sich bereit erklärt, soweit es ihre feste Anstellung erlaubt, mit ihrem Können der Tribüne zu dienen. Und wir sind nicht nur angewiesen auf die Schauspieler der hiesigen Theater. Viele gute Schauspieler sind ohne Anstellung. Und diese begrüßen es mit heller Freude, erste künstlerische Beschäftigung und damit Verdienstmöglichkeit zu finden. Wir wollen nicht die Kunst der schauspielerischen Darstellung unterdrücken. Wir sehen auch in der Darstellung kleiner und kleinerer Rollen nicht zu unterschätzende künstlerische Aufgaben.

Es gilt hier einer Sache zu dienen, die die Angelegenheit sein muß jedes Arbeiters, der für seine Klasse fühlt und für sie kämpft. Vor unserer Tribüne sollen sich alle vereintigen können, die in ihrer Brust die brennende Sehnsucht tragen nach einer Menschengemeinschaft, wo der einzelne in der Leistung des andern nur das eine sieht, daß es die Allgemeinheit und damit ihn fördert und trägt.

Wie wir heute das Schauspielhaus gemietet haben, können wir es wieder mieten. Wir können aber auch, wenn es nicht anders ist, in die Säle gehen. Bis sich die Arbeiter ein eigenes Heim für ihre Tribüne geschaffen haben.

Wir denken uns die Organisation in einem kleinen literarisch-künstlerischen leitenden und einem großen Kreis der Besucher, der sich über ganz Leipzig und Vororte erstrecken muß, wenn die Tribüne Bestand haben soll. Die Kontrolle über die Bildungsarbeit soll an den laufenden Darstellungen von den Besuchern selber und von der Arbeiterpresse ausgeübt werden. Für möglichst geringen Eintrittspreis sollen Vorstellungen stattfinden. Die Vorstellungen sollen öffentlich sein, für die eingeschriebenen Mitglieder zu billigeren Preisen. Die Mitglieder müssen in solcher Zahl vorhanden sein, daß sie jede Vorstellung mit einer bestimmten Einnahme garantieren. Nur so kann disponiert und etwas Gutes geleistet werden. Die ganze finanzielle Angelegenheit soll in den Händen der organisierten Besucher selbst liegen die ihre Organe dazu wählen.

Die heutige Vorstellung soll Ihnen zeigen, mit welcher einfachen dekorativen Mitteln und in welcher künstlerischer Höhe die Tribüne zu arbeiten imstande ist. Es ist ein Angebot. Greifen Sie zu. Werben Sie für die Sache Freunde, und Sie haben eine Einrichtung geschaffen, an die durch die heutige Vorstellung zu erinnern unser einziger Anreiz ist.

Die Theater sind in bürgerlichen Händen und in deren Händen ist es ein Luxusprodukt des bestehenden Bürgertums geworden. Mit seiner Kunst hat es längst den lebendigen Zusammenhang mit den Arbeitern, dem Volk verloren. Nur der Bürger kann heute noch die teuren Eintrittspreise bezahlen. Und der Arbeiter verhilft mit seinem Steuerbeitrag der bürgerlichen Welt mit dazu, sich städtische Theater zu erhalten, und bezahlt einen Teil des Eintrittsgeldes für den Bürger, der sich das Vergnügen leistet, das Theater zu besuchen. Aber dem Arbeiter selbst ist der Theaterbesuch fast ganz verfallen. Denn wir wollen die paar Vereinsvorstellungen, die ihm geboten sind, ob das nun selbste Operette oder bürgerliches Lust- oder Schauspiel

ist, ausgewählt aus dem bestehenden Spielplan, der dem zahlungsfähigen Bürgertum angepaßt ist, wir wollen diese Vorstellungen bezeichnen als das, was sie sind: ein kläglicher Versuch, mit kümmerlichem Abfall die nach künstlerischer Offenbarung für die kommende Welt lebenden Seelen der Arbeiter zu beschwichtigen, sie bürgerlich zu verblenden und abzulenken. Und mit den leichtesten Operetten und Schwänken werden die Arbeiter auf einem ihrer ganz und gar unwürdigen Geschmacksniveau niedergebaldet. Und wir haben hier in Leipzig eine sozialistische Mehrheit. Der größte Kunstpalast müßte in erster Linie ihr offen stehen. — Es ist keine Forderung möglich, wenn wir uns nicht selber helfen. Von unten auf müssen wir anfangen. Der Aufruf dazu ist die heutige Vorstellung, der Aufruf für die Proletarische Tribüne.

Aber nicht nur die Absicht, alles Gute für proletarisches Empfinden, was an den bürgerlichen Theatern ein Mischenbrödelwesen führt, Ihnen zu bieten, und alles, was Ihnen geboten werden soll, auf dem höchstmöglichen künstlerischen Niveau zu halten, hat uns befeuert, leht den Apell zur Organisation der Tribüne an Sie zu richten, nein, noch folgende sehr schwerwiegende Momente:

Alle Zeitepochen spiegeln sich in den Schöpfungen der Dichter. Jede Zeit hatte ihren Ausdruck in der Kunst gefunden. Jeder Künstler sah die Welt seiner Zeit und formte aus ihr die Gestalten seiner Kunst. Die Großen wußten und sahen ihrer Zeit voraus und schafften Normen, Gesetze und Anschauungen, die erst später Geltung und Allgemeingut wurden, und wirkten revolutionär. Heute, im Zeitalter des revolutionären Kampfes, kann es keinen bürgerlichen Künstler geben, der als Künstler revolutionär ist, weil es für ihn kein Morgen mehr gibt — sondern nur ein Gester und Heute. Ein Künstler von heute, der in der bürgerlich-kapitalistischen Weltanschauung befangen ist, kann nur noch reaktionär wirken. Denn seine Zeit, die er fühlt, hat keine Zukunft mehr. Die Zukunft wird eine andere Ordnung haben, eine andere Weltanschauung, von der der bürgerliche Künstler der Jetztzeit keine Ahnung haben kann. Er hat keine Ideale mehr, für die er sich, für die er gestalten kann. Die Ideale für die Zukunft trägt in sich der proletarische Künstler. Er kennt ein Morgen, nach dem er sich sehnt, nach dem keine Seele greift. Er kann nicht mehr für das Gester gestalten. Er gestaltet für das Heute, für den heutigen Kampf für das Morgen, für den morgigen Sieg! — Deshalb kann nur er noch revolutionär in seiner Kunst wirken. — Und das kann nur proletarisch revolutionär sein.

In der Gegenwart stehen sich die zwei Weltanschauungen schroff entgegen. Die bürgerlich-reaktionäre und die proletarisch-revolutionäre. Die bürgerliche in der Macht und die proletarische ringend um die Macht. So stehen sich auch die Künstler gegenüber! Die Künstler der bürgerlichen Weltanschauung und die Künstler der proletarisch-revolutionären Weltanschauung. Aber wie ungleich stehen sie im Kampf. Dem bürgerlichen Künstler ist alle Möglichkeit gegeben, sich vernehmen zu lassen. Dem proletarischen steht der ganze Machtapparat der bürgerlichen Welt hemmend entgegen. Das trifft zu im besonderen Grade beim proletarisch-dramatischen Schriftsteller.

Wie überall in der kapitalistischen Welt der Gewinn die ausschlaggebende Rolle spielt, so auch am bürgerlichen Theater in der Auswahl der aufzuführenden Stücke. Welcher bürgerliche Theaterleiter würde es wohl wagen, vorwiegend revolutionäre oder gar proletarisch-revolutionäre Dichtungen seinem bürgerlichen Publikum vorzuführen? Er muß leben und ist auf das bürgerliche Publikum angewiesen.

Kreischend war unter Umständen das Aufführen revolutionärer oder proletarischer Dichtungen ein gewinnbringendes Geschäft. Wie die Konjunktur, oder das Sensationsbedürfnis der bürgerlichen Theaterbesucher war. Aber jetzt steht auch die bürgerliche Kritik in geschlossenem Bunde gegen alle künstlerischen Bestrebungen, die aus der proletarisch-revolutionären Weltanschauung geboren wurden. Es ist ja auch ein Widerspruch, ein proletarisch-revolutionäres Dichtwerk der bürgerlichen Kritik vorzuführen, denn diese kann nur urteilen, was bürgerliche Kunst ist. Ihr sind die proletarischen Ideale fremd, der Proletarier Leiden und deren Kampf. Und es kommt darauf hinaus, das proletarisch-künstlerische von der bürgerlichen Welt begutachten zu lassen, ob es für die Arbeiter gut oder schlecht ist. Denn es gibt in Fragen der Kunst keine Objektivität. Was für die bürgerliche Anschauung künstlerisch echt sein kann, kann für uns, und ist es auch in den meisten Fällen, künstlerisch verlogen, ohne daß es von dieser Seite bewußt gemollt zu sein braucht. Sie sehen ihre Welt, wir die unsrige. Deshalb lehnen wir es ab, uns von der bürgerlichen Kritik begutachten zu lassen.

Sie werden sich fragen, ja, wir haben auch proletarische Kunstkritik, die aus der proletarischen Weltanschauung heraus urteilt. Ja, die haben wir wohl. Aber welche positiven Nutzen für die Arbeiterklasse hat die Besprechung eines Stücks, das in den meisten Fällen der Arbeiter nicht zu sehen bekommt? Auch wirkt die Kritik in der Arbeiterpresse nicht entscheidend für die Duldung eines Stücks auf dem Spielplan des betreffenden Theaters. Entscheidend wirkt das Publikum, und heute das bürgerliche Publikum, geführt oder verführt von der bürgerlichen Kritik.

Diese Tatsache war auch für uns mit das Entscheidende zur Gründung der Proletarischen Tribüne. Der proletarische dramatische Dichter ist heimatlos, wenn wir ihm nicht die Möglichkeit schaffen, daß er zu den Arbeitern sprechen kann. Diese Möglichkeit soll mit der Proletarischen Tribüne gegeben werden.

Wir kleben Ihnen heute zur Eröffnung eine Uraufführung, die für die Proletarische Tribüne geschrieben ist. Mit einem andern Stück wäre es unmöglich gewesen, leht vor Sie zu treten. Denn die Aufführung hängt ab von der Erlaubnis des Verlags. Bei diesem Stück hatten wir niemand zu fragen als uns selbst.

Bisher war es so, daß das Bürgertum über eine Uraufführung entschied. Heute sollen Sie, die Arbeiter, entscheiden. Und machen Sie von Ihrem Recht Gebrauch! Lassen Sie Ihr eigenes Urteil sprechen. Machen Sie am Ende der Vorstellung aus Ihrer Meinung kein Geht. Hissen und pfeifen Sie, wenn das Stück Ihnen nicht gefällt, aber klatschen Sie auch, wenn es Ihren Beifall gefunden hat. Das ist Ihr Recht!

Es soll unsere vornehmste Aufgabe sein, alle die in erster Linie von dieser Tribüne sprechen zu lassen, die keine Aufnahme finden am bürgerlichen Theater, weil sie proletarische Dichter sind. Es sind noch nicht viele, von denen wir wollen. Aber es sind viele, von denen wir ahnen, von denen wir hoffen! Zu ihnen sei es gesagt, hier ist eine Tribüne! Sie ist für euch! Wir wollen den schöpferischen Funken, der verborgen in einem Herzen glüht, von dieser Tribüne herab in die Herzen der Proletarier weitertragen. Wir wollen schöpferische Kräfte aus dem Proletariat heraus ans Licht fördern! Wir wollen Freunde für ihre dichterischen Kampfgestalten werden. Was von der Tribüne Ihnen geboten werden soll, soll Ihnen zeigen, daß wir mit unsern denkenden und fühlenden Kräften uns weiterbilden müssen, um anders zu werden als wir sind, damit wir das innere Jugendkräftesrecht erlangen in einer klassenlosen Gesellschaft, die keine Proletarier mehr kennt, sondern nur gemeinschaftlich schaffende Menschen.

So wollen wir unser Bestreben aufgefakt wissen. Sie werden also vor dieser Tribüne keine Erholung finden von Ihrer Tagesarbeit, kein Amüsement. Wir werden Sie hier nicht Ihren Kampf draußen vergessen machen, Sie ablenken davon, Ihnen eine Scheinwelt vorzaubern — Nein! Wir werden Sie an Ihren Kampf erinnern, an Ihren Kampf

gegen unsre Feinde — und nicht zuletzt an den Kampf gegen die Feinde in Ihnen selbst.

In Ihnen wird es liegen, in Ihre Hand ist es gegeben, sich eine Tribüne zu erhalten, von der herab in Ihrem Empfinden, in Ihrem Geiste gesprochen wird.“

(Schluß folgt.)

Kleine Chronik.

Künstler-Redoute des Schauspielhauses. Das erstmal seit den Kriegsjahren ist der alte Brauch der Schauspielhaus-Redoute zugunsten der Wohlfahrtskassen der Bühnengenossenschaft wieder aufgenommen worden. Wir wollen die Veranstaltung nicht vom sozialen Gesichtspunkt aus beleuchten — unsere Auffassung über derartige Wohltätigkeitsfeste ist ja genügend bekannt —, sondern nur ihre künstlerische Seite ins Auge fassen. Und von dieser aus gesehen war das Fest außerordentlich gut gelungen. Man hatte das Problem, künstlerische Vorstellungen mit einem Tanzfest in Einklang zu bringen, glänzend gelöst. Die Vorstellungen waren von kräftigem, aber doch originellem Humor und hielten sich durchweg über dem Niveau des Breitts. Auch die äußere Aufmachung des Festes, Saalausstattung usw., verriet durchweg viel Geschick und feinen Geschmack. So ging durch das Ganze ein einheitlicher Stil, über den man sich den ganzen Abend nur freuen konnte.

Neues Theater. (Der Maskenball: Neueinstudierung.) Der „Maskenball“ von Giuseppe Verdi ist zweifellos eines der besten Werke Verdis. Die ganze Musik ist hier männlicher und kraftvoller als in seinen früheren Werken, die gern ein wenig ins Süßliche gehen, wie z. B. der Troubadour. Eine Ueberfülle von Temperament strömt aus fast jeder Scene und gibt dem Ganzen eine dramatische Belebtheit, die unbedingt mitreißt. — Die Aufführung war im ganzen wohl gelungen. Emory Strang, Ernst Hofmann und Hans Lehmann, die Hauptdarsteller, waren in Spiel und Gesang vorzüglich, auch die kleineren Rollen sind bei Frieda Schreiber, Klara Hansen-Schultheis, Otto Sakmann, Hans Müller und Oskar Lehner in guten Händen. Daß Otto Lohse als Dirigent alles aus der Partitur herausholte, was darin steckt, braucht kaum erst gesagt zu werden. Nur die Inszenierung krankte wieder an dem herkömmlichen Pseudo-Naturalismus des Bühnenbildes, da zu einem wirklichen naturalistischen Bühnenbild die Mittel fehlen, und zu dem Gegenteil, der völligen Stillisierung, der Mut.

Konzerte. Das 6. Philharmonische Konzert brachte unter der Leitung Dr. Götzers die Neuaufführung einer erst vor kurzem entdeckten Sinfonie des fast unbekanntem Komponisten Gottfried Herrmann, der in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts lebte. Und man mußte staunen, wie ein solcher Schatz solange verborgen bleiben konnte. Es vereinen sich in dieser Sinfonia patetica eine großartige Wucht mit vollendeter Ausdruckskraft in der Durcharbeitung. Während die Zeitgenossen des Komponisten bei dem Herabfallen des großen Stils seit dem Jahre 1800 sich ganz dem romantisch-mystischen Fühlen hingaben und dies in ihrer Musik gestalteten, handelt es sich hier um einen ungeheuer starken Menschen, der berufen ist, ein Sohn des großen Beethoven zu werden. Die Ausführung dieser Sinfonie und der folgenden Sinfonie concertante von Haydn war in jeder Beziehung vollendet. — Der 2. Sonaten-Abend von Walter Hansmann und Oskar Springfeld war ein musikalischer Abend von höchster Vollendung. Von Mozart über Beethoven zu Brahms wurde eine Linie gezogen, die eine ständige Steigerung bedeutete. Die Leistungen beider Künstler stehen über jeder Kritik, und so soll nur noch gesagt werden, daß der Abend einen gewaltigen Eindruck hinterließ. — Der 3. Klavierabend von Alexander Arntsteff hielt völlig das, was die vorherigen versprochen. Ein Virtuoso von blendender Technik, in dem aber auch ein Künstler steckt, der seine Gestaltungskraft auch für kritische Musik an Bach und Beethoven darbot.

Kleiner Verein. Die Beethovenfeier fand durch die Mühe solennis den würdevollsten Abschluß; man kann dem Kleiner-Verein für die Aufführung des Werkes dankbar sein. Der Chor hat unter der neuen Leitung des Herrn Max Ludwig die Fortschritte gemacht; die Dynamik und Präzisionen sind gut ausgefallen. Von den Stimmen sind die der Damen (Sopran, Alt) weit besser als Tenor und Bass der Männer. Ihr Tonanfang und die Weichheit in feinsten schwierigen Passagen kommen besser heraus, während bei den Männern die Ansätze öfter zu sehr sind. Im ersten „Kyrie“ hat sich Max Ludwig viel in Unfällen verloren, dadurch fehlte der große Zug. Mit Wucht sagte das „Gloria“ ein und das Piano der Sätze „et in terra pax“ gab eine gute Wirkung. Besonders klar kam die Fuge in sämtlichen Stimmen, durch die Akzentsfiguren im Staccato, zur Geltung. Die Doppelfuge im „Credo“ (et vitam venturi) war ganz und exakt und das „Sanctus“ mit dem prachtvollen Violin-Solo (von Herrn Konzertmeister Hamann innig gespielt, sowie das „Agnus Dei“ kamen zum guten Abschluß. Verhältnismäßig war das Soloquartett gut besetzt. In Herrn Fritz Becker haben wir einen wirklich guten Akordenator mit geschultem Ton und gutem Vortrag gefunden, der sich Herrn Oskar Lehners welchem Bass und vortrefflicher Gesangsart würdig anpaßte. Die Damen Else Frenkler-Winter (Sopran) und Maria Schulz-Dornburg (Alt) lösten ihre Aufgabe zur Zufriedenheit. — Im allgemeinen kann man zu der Aufführung Herrn Max Ludwig gratulieren, und wir wollen hoffen, daß er in Zukunft sich noch mehr in die Tiefe des Werkes einlebt, nicht nur sein Auge auf das rein Choristische hält. Das Gewandhausorchester und Herr Max Fest (Orgel) halfen bei zum guten Gelingen des Werkes.

Mitteilung der Städtischen Theater-Intendant. Im Alten Theater wird gegenwärtig die Aufführung von Rossini's „Der Wahnhaftige“ vorbereitet. Damit wird ein wesentlicher Teil des Programms, das sich das Städtische Schauspiel in dieser Spielzeit gestellt hat: den Niederhalt des Zeitgeistes in der dramatischen Dichtung der Gegenwart zu zeigen, fortgesetzt. Die Reihe dieser Aufführungen, die bisher Urubus Platz, Sternheims 1913 brachten, wird nach Wahnhaftigkeit mit der Aufführung von Johannes von Fritz Red-Maltesjewen geschlossen werden. Die Aufführungen von Platz, die wegen langer Erkrankung von Käthe Wittenberg unterbrochen werden mußten, werden, wie auf mehrfache Anfragen hierdurch mitgeteilt sei, Mitte Februar wieder aufgenommen. — Die bereits im Arbeitsplan genannte Reinszenierung von Goethes Faust ist für Oben in Aussicht genommen.

Die Röntgenstrahlen sind leht auch in den Dienst der Schutzmacher gestellt worden; so sollen bei der Auswahl von gutgehendem Schuhwerk Hilfe leisten und damit der leidenden Menschheit einen Dienst erweisen, dessen Wert der von schlecht passierenden Stiefeln Gequälte gewiß nicht unterschätzen wird. Ein Amerikaner hat einen Röntgenapparat konstruiert, mit dessen Hilfe sich Käufer und Verkäufer darüber vergewissern können, ob der Fuß Gefahr läuft, durch die gewählten Stiefel eingeklemmt und gedrückt zu werden.

Eine neue kanadische Handelsflagge. Die kanadische Regierung hat für die Rauffahrtsschiffe eine neue Handelsflagge eingeführt, die einen Ring zeigt, der ein weißes Kreuz auf rotem Grunde umschließt. Die neue Flagge tritt an die Stelle der bisherigen Flagge der englischen Dominions, die die Unabhängigkeit hatte, daß der ihr Verzeichen bildende, in der Mitte befindliche Biber auf weitere Entfernungen nur schwer zu unterscheiden war.

Verband der Steinseher
und verw. Berufsangehörigen Deutschlands
Zentrale Leipzig
Montag, den 25. Januar, abends 6 Uhr
Verammlung im Volkshaus.
Tagesordnung wird in der Verammlung bekanntgegeben. Die Sache ist sehr wichtig und ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.
Der Vorstand.
Fleischermeister Rob. Böser, Wallwitzstraße 2
verkauft heute und folgende Tage
Schweinefleisch das Pfund **18.**

Mein Inventur-Ausverkauf
findet nur noch einige Tage statt und bietet die seltene Gelegenheit einzelne
Kinderwagen unter Fabrikpreis
zu erstehen. Dieselben sind von Mk. 650.— an in reicher Auswahl ausgestellt.
Leiterwagen, Korbwaren.
Grosslager POPP Gegr. 1863.
Größtes Spezialgeschäft am Platze
Panorama, Rossplatz 5. — Mädler-Passage, Neumarkt 14.

Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken.
Donnerstag, den 27. Januar, abends 6 Uhr
im **Volkshaus-Café**
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vertrauensmanns, 2. Wahl des Gesamtvorstandes, 3. Anträge, 4. Bericht des Vertrauensmanns, 5. Anträge zur Verammlung müssen spätestens Mittwoch, den 26. Januar, in Händen des Vertrauensmanns sein. Zu dieser Verammlung sind auch alle Lebensangehörigen, die Mitglieder werden wollen, freundlichst eingeladen.
Der Vertrauensmann: **W. Rudolph, U. Kautschke, Wallwitzstr. 71, I.**
Die Reichseinkommensteuer
von **Rudolph West.** — Preis 1,50 Mk.
Leipziger Buchdruckerei **H. G., Tauscher Str. 19/21**

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Wir nehmen zum 1. April noch einige
Schlosser-Lehrlinge
an. **Deutsche Patent-Grüden-Fabrik**
Walter Renschel & Co. m. b. H.
Liebertowkowitz bei Leipzig.

Mäder- und Kurbelstickerinnen
nur erste Kräfte, per sofort gesucht.
Berliner Mechanische Sticker-Verfäbrisse
Seidelberg, Rohrbarter Straße 20.

Metallschleifer und -Polierer
Kellen sofort ein!
**Wünsch & Krensch, Fein-
haulerer, Straßenhändler**
f. Konkurrenz, nat. Maß, Be-
darfsartikel gef. Gut. Vert.
Hoh. Verb. Vat.-Knopf-Verf.
Beethovenstr. 13, Roeder.
Vergebe Hausmannsarbeiten.
Schl., Steintischstr. 12, Seifert.

Militär-Mütter, umgearbeit.
billig Banerische Str. 42, II. Etg.
Anzüge, Paletots
150 Mark, Cutaway-Anzüge,
Frackanzug 300 Mark, Hobe,
Sackett 50 Mark,
Kohlschlag 5, III. rechts.
Mehrere Anzüge
hochmodern, Sportfalten, m.
Gurt u. Umschlagbohle, sowie
Schlüpfer verkauft billig
Kohlschlag 5, III. rechts.
Cutaway, gefr. Hobe 250-450,
weich. mod. Anzüge 375, Mütter,
Gehrodans, Lange Str. 10, I.

Sohn ordentl. Eltern,
gewerkter und fleißiger
Junge, wird als
Zurichter-Lehrling
gesucht.

Militär-Hose u. Bluse
billig Lindenau, Markt 11, I. r.
Hemden
f. Herren 20.—
f. Damen 25.—
Hemdentuch u. Kessel m 12.—
Hemdenbarchent m 12.—
Inlett m 25.—
Bettbezug u. Kissen 140.—
Barchent-Bettuch St. 35.—
Küchenhandtuch Stück 6.—
Kohlgartenstr. 29, I. links.

Adolf Petzold
Rauchwaren-Zurichter
und Färberei
Leipzig-Lindenau
Mülnert Str. am Kanal.

4 schöne Federbetten
billig Banerische Str. 42, II. Etg.
Schranke, Bettst. Truemanu,
Spiegel, Sofa, Chaiselongue,
Stühle, Tische, Bettstellen,
Kompl. Kücheneinricht. u. v. a.
billig gegen bar sofort i. verf.
Windmühlent. 25, I. Große.

1 Schmiedelehrling
guter Kost u. Lohs stellt ein
**E. Wiewald, Schmiede-
meister, Saalfelder Str. 15.**

Maler-Lehrling
Sohn achtb. Eltern, gute
Lehrjahre, gründl. Ausbild.,
u. sehr günstig. Bedingungen
Feuer & Werner
Malermeister
L. Schleifg. Schmorstr. 27.
L. Gutz. Deltischer Str. 81.

**Patentgummi-
Arbeiterin**
(event. auch Arbeiter)
mit allen Artikeln voll-
kommen vertraut, sofort in
Dauerstellung gesucht.
Vorarbeiten in Posten. Off.
u. O. 22 a. d. Exp. d. Blattes.

Küchen- od. Glaschrant u. v. l.
Lindenau, Reuterstr. 68, III. I.
Bettst. Kleiderst. Küche,
Sofa, Chaiselongue, Tisch u. v.
Kappe, Nürnberg Str. 11.
Nipp-Sofa, rot, gebr. u. v. l.
Neut. Reutischer Str. 19, v. r.
Chaiselongue, guterb., u. neu,
billig Reiter Str. 38, II. I.
Sofatisch, nbb. für 120. Bettst.
m. gut Matr. 200. 2. Bettst.
à 25. 1. neuer St. Gasföcher
à verk. Turnerstr. 1, St. v. r.
Bettst. m. Matr. Chaiselongue,
165. 2. Kind. Kanalerstr. 1, III. I.

Hausgehilfin
zu jungem Ehepaar mit zwei
Kindern nach Hannover für
sofort gesucht. Lohn 100. 4.
Dr. Betermann, Karstr. 24, III.

Mähmaschine, auterb. billig
u. v. l. eleg. Kinderst. bunt
Blau, Merleburger Str. 2, II. r.
Mähmaschine, aut. u. 240 u. 290.
2. Hb., Mähstr. 2-4, 5. 2. Tür. 1. I.
Mähmaschine, gutnähd., v. l.
Kappe, Nürnberg Str. 11.

Speck nicht
transig **Bld. 15.**
Wolfgangstr. 30, I. 3883
Marktalle, Galerie, Stand 72.

Streichmaschine, auterb., v. l.
Wahren, Mühlentstr. 19, II.
Kinderwagen zu verk. Klein-
schuch, Würdener Str. 49, I. r.
Kinderw. m. Gu., 1. auterb. u.
v. l. Kleinst., Hirschstr. 32, I. I.
Mod. Klappwan. m. 2. b.
bill. Lindenauer Markt 11, I. r.

Frankische Fleischwurst
Grieben-, Leber- u. Blutwurst
Krauskauer u. Prechttopf af. ner.
5 Pf. Bot. 70. 4. 2 Pf. Bot. 125. 4.
Zusammell. vord. gar. 2 Pf. Bot.
Beid. p. Nachn. K. F. r. e. h. m.
Wagn. Taubertschloßb. 1. b. b.

Klappwagen m. Verb.
250 Mk.
Nürnberg Str. 40, 3. a. Gelb.
Sitz-Liegewagen
140 Mark, Mittelstr. 9, I. I.
Sitz-Liegewagen, m. 2. b. mod.
130. gef. Klappportwagen
m. Verb. 160. Klappstuhl 40. 4.
Blau, Merleburger Str. 2, II. r.
3 Kaninchen m. Stall, Stellas.
Kanat. Hedebau, u. Singbau.
Blau, Merleburger Str. 2, II. r.

Wan-Eta-Kakao 17 Mk.
Schokoladen, 100g, u. 4,50 an
Vär, Gaisstr. 29 (f. Laden).

Stubenblenden, id. ges. 13.
Dackel, Wack, 1. id. wack.
Blau, Merleburger Str. 2, II. r.

KOWNOER-
Schmucktabak 50g nur 1.50
Gerberstr. 40 u. Götterstr. 3, I.

Kaufgeleche
Kaufe Herren-Garderobe
Mütter-Sachen, 1.
Bett- u. Leihw., Leihhausch.
Kint, Kanische Gasse 6, v. l.
Straßenbahn b. Baitenberg

Billig u. aut!
100
eleg. Zaffet-Anzüge
Mütter, gezeigte Hosen,
Mantel, Joppen u. Hosen
Walter Fritzsche
L. A. Prommann, 12. 2. b.
L. Lindenau, Henrichstr. 1.
Brandis, Kaufm. Eng. 1.

Hand- u. Bimstein-Seife
für schmutzige Hände. 1. 85

Wan-Eta-Kakao 17 Mk.
Schokoladen, 100g, u. 4,50 an
Vär, Gaisstr. 29 (f. Laden).

Hand- u. Bimstein-Seife
für schmutzige Hände. 1. 85

KOWNOER-
Schmucktabak 50g nur 1.50
Gerberstr. 40 u. Götterstr. 3, I.

Hand- u. Bimstein-Seife
für schmutzige Hände. 1. 85

Billig u. aut!
100
eleg. Zaffet-Anzüge
Mütter, gezeigte Hosen,
Mantel, Joppen u. Hosen
Walter Fritzsche
L. A. Prommann, 12. 2. b.
L. Lindenau, Henrichstr. 1.
Brandis, Kaufm. Eng. 1.

Hand- u. Bimstein-Seife
für schmutzige Hände. 1. 85

Felle-Einkauf.
Ich bin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher
Häute und Felle zu
höchsten Tagespreisen.
Albin Wagner, Querstr. 27.

Hand- u. Bimstein-Seife
für schmutzige Hände. 1. 85



Billige Preise für Seifen und Wasch-Artikel

- | | |
|--|--|
| K. A. Seife Doppelstück 40 | Scheuerpulver „Blitzblank“ Beutel 30 |
| Reine Fein-Seife 3. 25 | Putz- u. Poliermittel für Aluminium 70 |
| Sparkern-Seife Doppelstück ca. 200 gr. 4. 25 | Silberputz-Watte rosa od. schwarz Paket 2. 25 |
| Reine Kern-Seife 4. 80 | Silberputz-Poliermittel Paket 60 |
| Feine Rasier-Seife Stück 1. 75 | Silberputz-Seife Stück 4.00 75 |
| Rasier-Seife 1. Stangen Waldheimer, in Nickeldose . . . 7. 50 | Rostfeind für Herdplatten 60 |
| Dörings-Seife (Apotheker F. O.) Stück 3. 75 | Putzmittel Aluminium-Putz 70 |
| Gallseife Stück 1. 75 | Messersputz-Schmirgel Dose 2. 25 |
| Seifenpulver hochwertiges ¼ Pfund 1. 75 | Metallputz-Extrakt Dose 1. 10 |
| Dr. Thomp. Seifenpulver ¼ Pfund 1. 85 | Gobeline Ofenglanzmittel Dose 1. 45 |
| Salmiak-Seifenpulver 1 Pfund 2. 75 | Sidol nussiges Metallputz-Mittel Fl. 9.75 4.50 2.25 1.25 95 |
| Präparierte Seifenrinde Beutel 35 | Saalwachs für Tansböden Paket 12. 25 |
| Rotstern-Bleichsoda Paket 1. 95 | Stahlspäne abgeteilt für Parketböden . . . ¼ Pfund 3. 65 |
| „Meco“ Salmiak-Waschpulver 1 Pfund 2. 50 | Fahrrad- u. Maschinenöl Fl. 3.75 2. 75 |
| Doppel-Clor Bleich- u. Desinfektionsmittel 10 | Crem-Farbe Beutel 15 |
| Brillant-Glanzstärke Beutel 4. 10 | Schuhcrem schwarz, Wachsware Dose 3.50 1. 55 70 |
| Reisstärke (Gebr. Nielsen, Bremen) ¼ Pfund 6. 25 | Schuhcrem schwarz, Oelware Dose 2.65 2.50 1. 95 |
| Reisstärke Hoffmanns mit Kalze ¼ Pfund 6. 25 | Tafelkerzen Paraffin Stück 1.40 1.05 95 70 |
| Snehella Neustärke Paket 90 | Tafelkerzen Stearin Stück 2.20 1. 65 |
| Waschblau in Leinenbeutel 45 | Nachtlichte ca. 24 Stunden Brenndauer Stück 1. 10 |
| Hand- u. Bimstein-Seife für schmutzige Hände. 1. 85 | Spratts Hundekuchen Pfund 2. 10 |

la Parkell- u. Linoleum-Wachs
Dose ca. 2 Pfd. 1 Pfd. ¼ Pfd.
21. 00 10. 50 5. 50

Hartspiritus in Würfel
frische Ia Ware
Dose ca. 275 gr ca. 135 gr Nettoinh.
5. 90 2. 95

Deutsche Zündhölzer 2. 40
Paket

Sunlight-Seife, Persil, Sil, Henkels Bleichsoda, Scheuerpulver Ata, Lux,
in bewährten Friedensqualitäten zum billigsten Tagespreis wieder vorrätig

Rasierklängen sämtl. Systeme werden in unserer eigenen Schleiferei schnellstens, bestens und billigst geschliffen

Kaufe Herren- u. Damen-Garderobe, Leibhausheine, Wäsche aller Art, Federbetten, Schube, ganze Nachlässe, Rummel, Reichsstr. 14, I. I. T. 10527.

Federbett u. Bettwände
licht Banerische Str. 42, II. I.

Stanie Möbel!
herr. u. Dam.-Garder., Wäsche, Betten, Gardinen, Teppiche, Bordüren, Leibhausheine, Gold- und Silberwaren, Glaser, Raanl. Steinu. 46, Tel. 1312 (Lab.)
Sofas, Matras, auch befest. gel. Körnerstr. 16, v. r. Werthh. Kinder- od. Klappwan., low. ell. Kinder-Gitterbett u. s. a. Off. m. Preis erb. Besichter. Co. Kuebachstraße 2, I. M.

Kaufe
Blatin // Zahngelbte
Bruch-Gold u. Silber
— Ihren —
Leibhausheine
Britantien :: Schund
Silbergeräte aller Art
Mag. Isracl,
Uhrmacherladen, 1.
Promenadenstraße 5.

Züchlerleim
kauft Dron. Lind. Markt 18.

Raninfelle
kauft
M. G. Felix Wolf
Rauchwarenhandlung
Leipzig
Nicolaitraße 28/32.

Bermittelte Anzeigen
Nehme hierdurch die gegen
Herrn Paul Friedrich Schu-
mann in Dresden aus-
gewiesene Beleidigung
reuzig zurück. Pindenthal,
den 21. I. 21. Eisa Häder.
Gold-Medaille Sonntag im
Walsh verl. Gegen Belohn.
absun. Salzer, Dofers Str. 24.
Sonntag, w. Boileblase verl.
u. Markt. 21. Deutsches Haus,
Obermannstr. b. Kaiserstr. 3.
Abang, K. Wolf, Kaiserstr. 3. I.
Kater, gr. m. Schwarz, Str., w. l.
Bauch u. Borch, entlaufen. G.
Hel. ab. Bo. G. G. G. G. G. G. G. G. G.
U. d. letzten idöne Tier, thät.
M. u. Higt., abgemurkt, er-
bitte auch anonyme Nachr.

Ihr Anzug
wird wieder wie neu ge-
reint u. abgehelt für
20 Mk. Abholung und Zu-
sendung frei. Postkarte ge-
nügt an Wäldmer Lindne,
Leipzig-Dölitz.

Massage-Unterricht
mit ärztlicher Brühung!
Am 31. I. beginnt ein
neuer Abend-Kursus.
Anmeldungen täglich:
Institut B. Schubert
Dumboldstraße 5.

**Wer nimmt kleines Mäd-
chen in gute Pflege?** Off.
unt. R. 22 a. d. St. Götterstr.

Kammerherr Wagner
wohnt Senfelderstr. 11. 5. I.

Eine Zuhre Witt vert. neg.
Stroh
Möden, Kirchbergstr. 64, II. r.

Wohnungen
Ja. mit Wädh. Licht/Schlafst.
Off. u. 120 an Fil. Connewitz,
Deere Straße mit Ofen, mögl.
Korden, von ant. Wädh. gel.
Off. K. 1000 St. 1. b. b. b. b. b.